

Sozialdemokrat

Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Redaktion und Verwaltung: Prag II., Kobilsko n. m. 32. (Einschreibungsnummer 70 K 22). Herausgeber: Bei Bestellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich 16,- K. K. für Deutschland 12,- K. K. für Österreich monatlich 12,- K. K. für Deutschland 16,- K. K. Einzelhefte mit Ausnahme des Montag heftlich 1,- K. K. Telexnummer-Adresse: Sozialdemokrat Prag, vierzehntäglich 48,- K. K., halbjährlich 96,- K. K., jährlich 192,- K. K. für Deutschland 120,- K. K. für Österreich 160,- K. K. Postpartassonno 37544.

Die Militärlasten eines Kleinstaates.

Die Tschechoslowakei ist ein Kleinstaat. Wir können diese Feststellung, die dem einen überflüssig, dem anderen gehässig scheinen mag, in dem Augenblick nicht unterdrücken, in dem wir das Budget des Kriegeministeriums durchblättern. Die Tschechoslowakei zählt etwa dreizehn Millionen Einwohner und diese dreizehn Millionen Menschen geben dem Budget für das Jahr 1922 entsprechend etwa 3119 Millionen Kronen für das Militär aus! Auf den Kopf jedes Staatsbürgers, vom Säugling bis zum Greise 239 K., für die uns das Nationalverteidigungsministerium vor dem „Feinde“ zu schütten verspricht. Ueber 3 Milliarden tschechischer Kronen — das ist zu viel! Zu viel aus politischen und zu viel aus wirtschaftlichen Gründen.

Eben hat die Tschechoslowakei eine Mobilisierung ins Werk gesetzt, deren Kosten sicherlich heute schon nicht weit von drei Milliarden Kronen entfernt sein dürften. Mit jedem Tage, an dem die Mobilisierung andauert, werden hunderte Millionen Kronen Militärausgaben verschleudert. Eine einzige Lehre aber haben die Leiter dieses Staates während des letzten Abzuges der Geschichte empfangen, deren Verständnis auch die Milliarden der Mobilisierung gleichsam produktiv gestalten könnte: daß die Tschechoslowakei trotz ihrer stärksten Rüstungen Passiv Frankreichs bleibt. Auch dann, wenn die Tschechen ein vermeintliches Lebensinteresse zu den Waffen greifen heischt, sind sie auch bewaffnet vor dem Willen der an noch bestehenden Entente ohnmächtig. Nur für Frankreich, niemals aber für eigene Interessen, wenn diese den Plänen Frankreichs oder Italiens zuwiderlaufen, können die Tschechen ihre Arme halten. Die Waffenfabrik in Brinn, die im Jahre 1922 schon als ordentliche Ausgabe über 103 Millionen Kronen im Voranschlage bucht, die Artillerie, Munition und Sprengstoffe, für die wir über 630 Millionen Kronen im Jahre 1922 auszugeben gedenken, alle diese Rüstungsgegenstände sind für Frankreich, für Italien, sicherlich aber für Zwecke adestit, die den wahren Interessen dieser Republik widersprechen. Wenn Frankreich gebietet, wird die Arme, die unter der geistigen Führung des französischen Generalstabes steht, zu den Waffen befohlen werden, und dieselben Waffen werden ruhen müssen, selbst wenn ein Lebensinteresse der tschechoslowakischen Republik auf dem Spiele steht. Die Führer dieses Staates mühten sich die politische Lehre der Mobilisierung zu eigen machen: so schwer das Erwachen aus einem Machttraume zum Schwächebewußtsein ist, die relative Ohnmacht des Kleinstaates einsehen.

Hat die Bewaffnung bis an die Zähne für die Interessen andere Sinn und Zweck? Wenn Ungarn abgerüstet haben wird, sind wir nur von Freunden, zu denen sich letztlich auch Polen angeschlossen hat, und Behrlosen umgeben. Weit und breit ist dann kein Feind. Um über drei Milliarden jährliche Kriegsausgaben zu rechtfertigen, muß man sich geradezu einen Feind erfinden, wenn man nicht blindlings die Feinde seines Lehensherren als die seinen betrachten will. An dem Augenblick, in welchem die eneralsche Abrüstung Ungarns begonnen wird, sieht dieses ganze Heer mit seinen Milliardenausgaben geradezu funktionlos in einer Umwelt, die es als unerträglichste Last, als Bedrohung empfindet. Aber auch heute schon haben wir das Empfinden, als ob das Heer in dem Gesamtbudget einen Raum einnimmt, der den ehemaßigen antimilitaristischen Idealen bei-

Demobilisierung.

Bis zum 15. November die Jahrgänge 1895 und 1896. Vollständige Demobilisierung bis Ende November.

Prag, 9. November 1921. (Amtlich.) Der Präsident der Republik erließ heute folgendes Patent: Herr Minister der nationalen Verteidigung! Ihrem Antrage gemäß ordne ich die Demobilisierung an. Die Demobilisierung ist gemäß den Bedürfnissen der Militärverwaltung stufenweise, beginnend am 10. November 1921, durchzuführen. Ich trage Ihnen auf, diese Weisung durchzuführen.

Prag, am 8. November 1921.
L. G. Masaryk m. p.
Fr. Udrzál m. p.

In Befolgung dieses Patent hat der Minister für nationale Verteidigung angeordnet, daß in den ersten sechs Tagen der Demobilisierung, das ist in den Tagen vom 10. bis 15. November die mobilisierten Jahrgänge 1895 und 1896 sowie alle älteren Angehörigen der Wehrmacht, die auf Grund der Bestimmungen II. und III. Absatz 1 der Mobilisierungskundmachung mobilisiert wurden, beziehungsweise jene, welche zum Antritt in den aktiven Militärdienst durch eigene Einberufungsbefehle im Sinne der Bestimmungen IV. Absatz 2 der Mobilisierungskundmachung berufen wurden,

zu demobilisieren. Es ist die Absicht der Militärverwaltung, daß die vollständige Demobilisierung noch vor Ende November durchgeführt werde.

Die Demobilisierung muß stufenweise und in solchem Tempo durchgeführt werden, daß nicht nur vollkommene Ordnung bei der Entlassung der Eingekerkerten, sondern auch bei der Entdemobilisierung verbürgt wird. Es muß dafür gesorgt werden, daß die Pferde und Transportmittel, die gemäß der Mobilisierungskundmachung der Militärverwaltung abgeführt wurden, in Ordnung zurückgeliefert werden, daß die Verpflichtungen erfüllt werden, die aus dem Kriegseistungsgesetz ergeben sind und daß auch die konzentrierten Vorräte angedeckelt werden, welche bei der Mobilisierung aus den Augmentationsmagazinen herausgenommen wurden. Diese Rückkehr der Arme und der verschiedenen Zweige des krieglichen Lebens, welche durch die Mobilisierung unmittelbar getroffen wurde, zum Friedenszustand, erfordert eine beträchtliche Anstrengung der Organe der Militärverwaltung und begründet auch die Notwendigkeit, die Demobilisierung der Mannschaft nur teilweise und in bestimmten Abschnitten vorzunehmen.

Aufstand in Podolien und in der Ukraine.

Wien, 8. November. Der „Neuen Freien Presse“ zufolge veröffentlicht die Lemberger „Gazeta Wieczorna“ Meldungen über die ungewöhnlich starke und rasche Ausbreitung der Aufstandsbebewegung in der Ukraine und in Podolien, die im engsten Zusammenhange mit den militärischen Operationen der Petliuratruppen steht und die Massenflucht der Bolschewiken zur Folge hat. Die Petliuratruppen drangen in Proskurow ein, besetzten Kamence Podolsk, das sie zur Hauptstadt der Ukraine erhoben. Die Antibolschewiken besetzten Belz-

zyn und Lytin. Die Sowjetbeamten flüchteten und verließen ganz Podolien. Die Aufstandsbebewegung griff auf die Gouvernements Kiew und Cherson über.

Der ukrainische Freidienst meldet aus Lemberg: Ukrainische Bauernabteilungen besetzten mehrere Stellen der Eisenbahnlinie Kowel-Kiew und zerstörten mehrere wichtige Viadukte. Starke ausländische Abteilungen gingen gegen Kiew vor, ohne auf nennenswerten bolschewistischen Widerstand zu stoßen.

riefsweise seines Generalkommandanten Hohn spricht. Für die Sozialversicherung widmet die Republik ihrem Ministerium für Volkswohlfaht nicht einmal zehn und eine halbe Million, für Jugendschutz hat dieser Staat bloß etwas über eine und eine halbe Million Kronen und für den ganzen Auswandererschutz weniger als der letzte Centnont der französischen Militärmillion in Prag! Nicht weniger als 13 Millionen Kronen erhalten im Jahre 1922 die Herren der französischen Militärmillion für ihre mühevollen Arbeit. Dafür dürfen auch wir Militärmillionen im Ausland halten. Dieser Sport kostet uns 3.393.184 K. Zu welchem Zweck werden wir beispielsweise in Wien im Jahre 1922, neben den zahlreichen Organen der Gesundheitsfürsorge noch eine Militärmillion halten? Zur Ueberwachung der winzigen österreichischen Wehrmacht? Besorgt dies nicht zur Gänze Frankreich, England, Italien und Japan? Oder gar zu Studienzwecken?

Einmal oder könnte die tschechische Wehrmacht wirklich von der österreichischen lernen: sparen! Es ist geradezu abenteuerlich, wieviel die Arme für Zivilbeamte, Zivilschreibkräfte und andere Hilfskräfte ausgibt. Nur einige Posten seien hier anegeführt: die Zentralverwaltung gibt für Zivilbeamte, Kanzleikräfte und Vertragsbeamte — 3.821.426 aus, unter dem Titel 2 für Nationalverteidigung werden für den gleichen Zweck 18.487.464 K. für Zivilarbeiter in den verschiedenen Magazinen im ordentlichen Budget 3.166.350, in den Voranschlägen 2.098.740 ausgesetzt. Diese Aufzählung ließe sich um viele Millionen vergrößern. Während andere Armeen für sich selbst wirtschaften und wie das neue österreichische Heer der Volkswirtschaft produktive Kräfte zuführen entleert das tschechoslowakische Heer der Wirtschaft nicht nur Milliarden, sondern auch tausende Arbeitskräfte für die unproduktiven militärischen Bedürfnisse. Mit diesem volkswirtschaftlichen Raubbau muß vor allem gebrochen werden.

Aber mit ihm muß auch der Herrschhütel fallen, der heute im letzten Nährlich nie größer war, nie leicht zur Mobilisierungsezeit. Der Friede ist keine Vorbereitung zum Krieg. Doch gerade diesen Charakter hat der Voranschlag des Nationalverteidigungsministeriums, der in diesen Tagen dem Budgetausgleich vorgelegt werden wird. Wir aber wollen den Frieden und deshalb müssen wir das Kriegsbudget des Herrn Udrzál ablehnen.

Die „große“ Koalition.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Mit beängstigender Schnelligkeit ist die Staatswirtschaft Deutschlands ihrem Bankrott entgegen. Zu gleicher Zeit gestaltet sich die Lage der arbeitenden Bevölkerung immer schwieriger, mit der furchtbaren Entwertung der Mark steigen die Preise für alle Lebensbedürfnisse ins Ungemessene, wird der Abstand zwischen den Kosten für den Lebensaufwand und den Löhnen der Arbeiter immer größer. Die kapitalistischen Geschäfte gedeihen zwar so gut wie nur je und die Unternehmer wissen nicht, wie sie ihren reichen Gewinnsegen bergen sollen; aber die Wirtschaft als Ganzes erlebt nur eine Scheinblüte: den Weltmarkt mit Waren zu überschwemmen, wächst in den vafutastarten Ländern die Arbeitslosigkeit, sinken die in Deutschland gezahlten Reallohne auf ein unerträgliches Maß hinab.

In dieser Situation gebietet das Interesse der Selbsterhaltung der deutschen Arbeiterklasse, den Kampf um die Heranziehung des Besizes zu den Lasten des Staatshaushalts und der Reparationen in einmütiger Geschlossenheit aufzunehmen. Die Bourgeoisie weiß, daß sie diesen Kampf verlieren muß, wenn das Proletariat ihn mit gesammelter Kraft einleitet. Sie weiß ferner, daß es mit ihren Privilegien endgültig vorüber ist, wenn erst einmal die Arbeiterklasse wieder aus eigener Erfahrung lernt, welche Riesensärke ihr innewohnt, sobald sie sich in einheitlicher Front dem Kapital entgegenstellt. Und gerade das galt es zu verhindern. Die drohenden Schärden kommunistischer Revolutionäromantiker dienen dem Bürgertum höchstens als Ninderfchred; aber das Ende seiner Vorherrschaft ist gekommen, wenn das ganze Proletariat sich zu gemeinsamen Handeln wieder zusammensindet.

Nach zwei Richtungen hin zielten die Anstrengungen der Bourgeoisie, um sich in dieser Vorherrschaft zu erhalten. Sie verweigert dem Reich die Mittel für seine Existenz und zu gleicher Zeit spaltet sie das Proletariat indem sie sich mit einem von dessen Teilen in der Regierung zusammenseht. Beides ist ihr nunmehr fast völlig gelungen. Der Staatshaushalt kann nur ins Gleichgewicht kommen, die Reparationsverpflichtungen können nur erfüllt werden, wenn die Besitzer der Sachwerte bis zur äußersten Grenze ihrer Leistungsfähigkeit herangezogen werden. Von einer politischen Vormärtsentwicklung des Reiches kann nur gesprochen werden, wenn das Proletariat den entscheidenden Einfluß auf Gesetzgebung und Verwaltung gewinnt. Beides ist nunmehr verhindert worden. Die kapitalistischen Kreise sehen sich schon am Ziel aller ihrer Wünsche.

Was der Gürkler Parteitag der Sozialdemokratie eingeleitet hatte, das ist nunmehr in Preußen verwirklicht worden: das Bündnis mit der Deutschen Volkspartei, dieser politischen Verkörperung des deutschen Hochkapitalismus. Indem die Rechtssozialisten der Deutschen Volkspartei in Preußen den Weg zur Macht bereitet haben, untergruben sie sich selbst den Boden, auf dem allein eine tatkräftige und erfolgreiche Arbeiterpolitik gedeihen kann. Zu fast ungläublicher Kurzsichtigkeit meint der „Vormärts“, das Zentralorgan der Rechtssozialisten, daß die „große Koalition“ die Macht der Arbeiterklasse zu steigern imstande sei. Die Wirklichkeit wird bald den Erfahrungssatz von neuem bestätigen, daß eine Arbeitsgemeinschaft zwischen Kapital und Arbeit immer nur zu ungunsten des Proletariats ausschlagen muß. Noch immer war es die Arbeiterklasse, die die Kosten für solche Koalition zu tragen hatte.

Was sich in Preußen jetzt abwickelt, das ist nur das Vorbild zu den Dingen, die in Reich folgen müssen. Der Beginn der Stinnes-Koalition in Preußen ist das Ende des Labi-

netts Witz im Reich. Man kann nicht im größten Einzelstaat das Brot der Deutschen Volkspartei essen und sie zugleich im Reich vor der Tür stehen lassen. Gewiß ist auch das Kabinett Wirth eine bürgerliche Regierung; aber es hat doch zum mindesten außenpolitisch den guten Willen gezeigt, die wirklichen Interessen des deutschen Volkes zu erfüllen. Ebenso hätte es innerpolitisch manches auch für die Arbeiterschaft leisten können, und der Frage der Aufbringung der Steuern hätte es sich bald gezeigt, wie weit seine Energie reicht. Tritt die Deutsche Volkspartei auch in die Regierung des Reichs ein, und das muß die Folge der preussischen Entwicklung sein, so mag das Kabinett Wirth noch seinen Namen behalten, aber ein Charakter muß sich verändern. Es kann dann nur leben von Gnaden der Stimmlosen, es muß zum Diener der großkapitalistischen Kreise werden. Damit hört jede auch nur bedingte Unterstützung der Reichsregierung durch das Proletariat auf; die Arbeiterschaft muß den Kampf gegen sie aufnehmen, wenn sie nicht völliger Verelendung und Verflattung anheimfallen will.

Die Verbindung der Rechtssozialisten mit der Deutschen Volkspartei in Preußen bedeutet aber, daß die Arbeiterschaft diesen Kampf in gebrochener Front führen muß. Nicht nur in den eigenen Reihen der rechtssozialistischen Partei wird die Teilnahme an der großen Koalition den heftigsten Widerstand hervorrufen, wie ja schon der Görlicher Beschluß auf eine starke Opposition in der sozialdemokratischen Partei stieß. Darüber hinaus wird neue Verbitterung und frische Zwietracht in die Arbeiterschaft getragen, die Einheit der proletarischen Aktion, diese Zehnsucht der ganzen Arbeiterschaft, ist wieder in weite Ferne gerückt worden. Verschlimmern werden sich diese Verhältnisse noch, wenn sich die große Koalition auch im Reich durchsetzt. Die Rechtssozialisten, deren politisches Rückgrat die Zusammenarbeit mit Vertretern des Kapitals nicht ertragen kann, werden außerstande sein, dem Drängen der bürgerlichen Parteien nach vollkommener Beherrschung des politischen und wirtschaftlichen

Apparats des Staats Widerstand zu leisten. Das wenige, was die Arbeiterklasse sich noch aus den Novembertagen des Jahres 1918 gerettet hat, steht vor der Gefahr der völligen Beseitigung. Jede Konzeption, die die Bourgeoisie an die Bedürfnisse des Reichs etwa machen sollte, wird sie mit einer Einengung der politischen und wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit des Proletariats beantworten.

Wer die Entwicklung der letzten vergangenen Monate mit offenen Augen verfolgte, der mußte sehen, daß die kapitalistischen Kreise ihren Kurs auf das Ziel einrichteten, vor dem Entweichen sie nunmehr stehen. Die Staatswirtschaft sollte dem Bankrott entgegengetrieben werden. Jede Verschlechterung der deutschen Welt bedeutet eine Vereinerung des Kapitals, je tiefer die deutsche Valuta, desto höher die Gewinne der deutschen Unternehmer. Sie setzen alle ihre Hoffnungen darauf, daß der Zusammenbruch des Staatsbankrotts, daß die Unmöglichkeit für das Reich, die Wiedergutmachungspflichten zu erfüllen, die Entente veranlassen werde, neue Wege zur Deckung ihrer Kriegskosten einzuschlagen. Sie sehen das Reich der Gefahr der Zertrümmerung aus, weil sie trotz ihrer nationalen Phrasen wissen, daß die Grundlage der kapitalistischen Wirtschaftsweise in Deutschland auch von den Alliierten nicht angegriffen werden wird. Nur ein Mittel hätte es gegeben, um dieser Katastrophenspolitik der bürgerlichen Parteien in den Arm zu fallen: Die Einigkeit des Proletariats, den geschlossenen Aufmarsch der ganzen Arbeiterklasse zum Kampfe für die Forderung des Sozialismus. Indem die Rechtssozialisten sich mit der Deutschen Volkspartei in eine gemeinsame Regierung setzen, haben sie die Voraussetzungen zerschlagen, auf denen sich eine einheitliche Aktion aufbauen konnte.

Vielleicht wird dieses gewagte Experiment, wie es der „Vorwärts“ nennt, nur ein Zwischenenspiel vor der endgültigen Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit werden; viel wahrscheinlicher aber ist es, daß es dem Kapital gelingt, die Katastrophe des Reichs zu vollenden.

gerichte sei eine Notwendigkeit. Er fordert weiter schließlich die staatliche Unterstützung der bestehenden Erholungsheime und Lungenheilstätten.

Abg. Diel (deutsch. Soz. Dem.) urgiert die Erfüllung der Resolutionsanträge, die bei der Beratung der Umsatzsteuer von den deutschen Sozialdemokraten eingebracht und vom Hause angenommen wurden. Er fordert die Förderung der Gemeinden und der Baugenossenschaften, die Wohnungen bauen wollen. Er wendet sich dem Kapitel Ernährung zu und kritisiert die Zentralen, die verlangt haben; sie waren aber doch die einzige Möglichkeit, die Versorgung der Bevölkerung einigermaßen sicherzustellen. Er spricht über die Besondereinrichtungen des freien Handels, die Teuerung. Die Regierung müßte jene Kaufleute und Genossenschaften unterstützen, die das Bestreben zeigen, der Teuerung entgegenzuwirken durch Festhalten an den billigeren Preisen. Redner verlangt eine parlamentarische Kommission zur Ueberwachung und Kontrolle der Spirituskommission, deren Wirtschaft in der Öffentlichkeit durch laufend veröffentlichte Verdächtigungen wird.

Abg. Diel anerkennt, daß es heute mit der Brot- und Mehlversorgung besser ist, wie in

den vorangegangenen Monaten. Die Art der Aufbringung des Kontingents ist danach angetan, die kleinen Landwirte über ihre Kräfte zu belasten und den großen Besitz zu begünstigen.

Gegen Schutzölle.

Redner wendet sich in scharfer Weise gegen die Regierungsabsicht, Schutzölle für agrarische Produkte einzuführen. Er fordert die strenge Einhaltung des Verbotes der Vieh- und Fleischausfuhr. Wenn eine Viehfuhr von Rumänien zugelassen würde, so käme das Fleisch nur mehr auf 9 bis 12 K. Diel fordert den Ausbau der Lebensmitteluntersuchungsanstalten. Eine Vertretung der Konsumenteninteressen ist unbedingt eine Notwendigkeit, da nach der Liquidierung des Ernährungsministeriums kein Konsumentenschutz mehr besteht. Er hält es für sehr notwendig, daß man bei der Beratung des Genossenschaftsgesetzes auch die Genossenschaftskreise hört, die gewiß aus ihrer reichen Erfahrung wertvolle Anregungen geben können.

An der Debatte beteiligten sich weiterhin die Abgeordneten Remec (tschech. Soz. Dem.) und Sonntag (Rep.)

Österreichs Budget: 164 Milliarden Abgang.

Der österreichische Staatsvoranschlag.

Wien, 8. November. (Tsch. B.) Finanzminister Dr. Gürtler brachte in der heutigen Sitzung des Nationalrates den Staatsvoranschlag für 1922 ein. Die gesamten Bundesausgaben werden mit rund 258,229 Millionen, die Bundeseinnahmen mit rund 93,325 Millionen beziffert, sodas sich ein Abgang von 164,904 Millionen ergibt, d. i. um 123,786 Millionen mehr als im Vorjahre. Dem veranschlagten Abgange entspricht fast ganz genau die auf Grund der Durchschnittdaten für die ersten Hälfte des Monats Oktober errechnete Ziffer, der infolge unserer Geldentwertung erwachsende Kursverlust im Betrage von rund 165 Milliarden, wovon ein Betrag von 83,5 Milliarden auf die Kursverluste bei Beschaffung von Valuten für den Ankauf der vom Staate veräußerten Lebensmittel entfällt. Daraus ergibt sich, daß ohne diesen Kursverlust und ohne die staatliche Subvention für Lebensmittel der Staatsvoranschlag überhaupt keinen Abgang aufweisen würde, daß also die Sanierung unserer Währung abhängig von der Fortdauer der gegenwärtigen Lebensmittelpreissen würde der Bundeshaushalt pro Kopf der Bevölkerung jährlich 13.130 K. daraufzahlen. Der geplante einschneidende Abbau der staatlichen Lebensmittelausschüsse ist im gegenwärtigen Staatsvoranschlag noch nicht berücksichtigt, wird aber für das Jahr 1922 sichergestellt werden. Dadurch wird die obengenannte

Budgetziffer von 83,5 Milliarden entfallen. Ebenso ist auch der größte Teil der vom Finanzminister zur Sanierung der Staatsfinanzen für die nächste Zeit in Aussicht genommenen Maßnahmen im gegenwärtigen Staatsvoranschlag noch nicht berücksichtigt, so der Personalabbau, die Einschränkungen aller Subventionen und der Abbau aller sonstigen Ausgaben. Die Reform der direkten Steuern, die Einführung einer wiederkehrenden Vermögenssteuer, neuerliche Erhöhung der Tabak- und Salzpreise sowie der Getränkesteuer und der Zollausschläge, Einführung der Warenumsatzsteuer, Erhöhung der Tarife der Bundesbahnen, der Post- und Telegrafien, Beteiligung des Bundes an den Gewinnen der Exportindustrie und schließlich Verbesserung des Geldwertes durch Stabilisierung der Krone durch Verminderung der Inanspruchnahme der Notenpresse und durch innere Anleihen. In Staatsvoranschlag figuriert unter Ausgaben: der Personal- und Pensionsaufwand mit 40,25 Milliarden (plus 23 Milliarden gegenüber dem Vorjahre) das sind 15,5 Prozent der gesamten Ausgaben (gegen 24% im Vorjahre.)

Die Befassung des Bundes durch die gegenwärtige Wehrmacht ist insgesamt mit 3.166 Millionen Personal- und 1.681 Millionen sachliche Ausgaben veranschlagt. Der Zinsendienst der gesamten Staatsschuld wird für 1922 einschließlich der Kursverluste mit rund 10 Milliarden, nach dem Oktober-Durchschnittskurs aber mit mehr als 21 Milliarden errechnet.

Gesundheitswesen und soziale Fürsorge.

Vom Aschenbrödel des tschechischen Staates.

In der gestrigen Budgetausschusssitzung sprach Abg. Sajdl (tschech. Nat. Soz.) als Referent des Gesundheitswesens. Er bezeichnet die Krankenhäuser der Slowakei und Prags als Aschenbrödel im Budget. Die Jugendfürsorge erfordert größere finanzielle Opfer. Er begrüßt die Errichtung eines Reichsgesundheitsamtes. Er spricht die Hoffnung aus, daß die verbesserte Lage der Kurorte es ermöglichen werde, diese den breiten Massen zugänglich zu machen. Die Kinderfürsorge müsse sich auch auf uneheliche und mit Sündenbefallen behaftete Kinder erstrecken. Er fordert für alle Schulen die Zuteilung von Schulärzten.

Abg. Taub (deutsch. Soz. Dem.) spricht zum Kapitel Uebergangswirtschaft. Er findet im Voranschlag keinen Rückgang der Ausgaben, wie es naturgemäß wäre. Die Steigerung dieser Post scheint dadurch hervorgerufen zu sein, daß die bereits überlasteten Ministerien ihre Ueberausgaben aus diesem Kapitel decken. Für Sachdemobilisierung wäre ein neues Amt nötig gewesen. In diesem Voranschlag ist auch eine Ausgabe von 270 Millionen für Militärzwecke. Er kritisiert scharf diese Art der Budgetifizierung und verlangt die Vereinigung der Ministerien für Gesundheitswesen und soziale Fürsorge.

Epidemienbekämpfung.

Im Jahre 1920 sind 53.062 Menschen an Tuberkulose gestorben, weil nicht alle Maßnahmen vorgekehrt wurden, die für die Eindämmung dieser Volkskrankheit nötig gewesen wären. Hierauf bespricht der Redner die unhaltbaren Zustände, unter welchen die Auswanderer zu leiden haben und fordert energisch Abhilfe.

Zum Kapitel „Sozialversicherung“ erklärt Redner, daß die grundlegendste Frage die der Einheitsklasse sei. Das Mieterschutzgesetz müsse beibehalten und das Wohnungsschlagnahmengesetz wieder eingeführt werden, da der geringen Zahl von Hausherrn, denen es schlecht gehe, große Massen der materiell elend gestellten Mieter gegenüberstehen. Zum Schluß tritt Genosse Taub sehr warm für die Kriegsbeschädigten ein und verlangt eine Regelung der Invalidenversicherung im Sinne des Antrages Deutsch, Dr. Haas, Kofcher und Schäfer vom 20. Feber 1920.

Soziale Fürsorge.

Abg. Uhl (deutsch. Soz. Dem.) sprach zum Kapitel soziale Fürsorge: Fünf Jahre wurde in der verbrecherischen Weise mit der Gesundheit des Menschen gewüßelt. Unter diesen Umständen erlangt das Wirken des Ministeriums für soziale Fürsorge außerordentliche Bedeutung. Leider vermissen wir bis heute, daß das Ministerium diese Bedeutung erfakt. Es muß zu jeder sozialen Maßnahme gedrängt werden. Redner bespricht die Arbeitslosenversicherung und erklärt, daß die Beiträge ungenügend sind, daß die Regierung bei der Anwendung des Gesetzes jeden humanen Geist vermissen lasse. Auch die längst fällige und verprochene Vorlage über Alters- und Invalidenversicherung wird vom Redner verlangt. Er urgiert eine den heutigen Verhältnissen entsprechende Erhöhung der Unfallrente und die Einbeziehung der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter in die Unfallversicherung. Er kritisiert die Zertrümmerung der Bezirkskrankenassen. Das Gewerbeinspektorat bedarf dringend des Ausbaues. Redner verlangt, seine Ausdehnung auch auf die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe. Die Errichtung neuer Gewerbe-

Deutschland soll noch mehr gefnebelt werden.

Ein Wunsch der französischen Finanzkommission.

Paris, 7. November. (Paris.) Der Berichterstatter der Finanzkommission Pastehrie, der von einer Studienreise aus Berlin zurückgekehrt ist, erstattet in der Finanzkommission der Kammer Bericht über die finanzielle Lage Deutschlands. Er führte aus: Durch die massenhafte Ausgabe von Papiergeld könnte ein Bankrott hervorgerufen werden. In Deutschland halte man dies für das beste Mittel, um sich den Reparationszahlungen zu entziehen. Die deutschen Industriellen senden ihre Kapitalien ins Ausland, ohne das ihnen die Regierung, die selbst ein ganz ungeordnetes Budget vorgelegt hat, Hindernisse in den Weg lege. Uebrigens würde ein eventueller Bankrott rein da-

ntarische, aber nicht wirtschaftliche Bedeutung haben, da Deutschlands industrielle Macht ungestört bliebe. Pastehrie erinnert daran, daß Frankreich, indem es in Wiesbaden den Grundsatz der Naturalreparationen annahm, das erste Land war, das die Schwierigkeiten Deutschlands bei der Suche nach fremden Devisen berücksichtigte. Der Berichterstatter forderte schließlich, daß die deutsche Staatsverwaltung unter sterner Kontrolle gestellt werde, damit es unangemessene Ausgaben einstelle, die Steuern regelmäßig einhebe und von der ständigen Papiergeldausgabe Abstand nehme.

Um's Burgenland.

Wien, 8. November. (Wahlbericht des Sozialdemokraten.) Die Abendblätter berichten, daß die Regierung schon in der nächsten Zeit, voraussichtlich in der kommenden Woche, mit der Besetzung des Burgenlandes durch die Wehrmacht beginnen wird. Die österreichische Regierung wird durch Kontrollorgane feststellen lassen, ob die Banden wirklich das Burgenland verlassen haben. Acht Tage nach der Besetzung des Burgenlandes soll in Oedenburg die Abstimmung stattfinden. Es ist aber bekannt, daß die ungarische Regierung im Einvernehmen mit der Generalkommission eine Abstimmungsordnung für Oedenburg vorbereitet, wonach nur diejenigen abstimmungsberechtigt sind, die das aktive Wahlrecht zur ungarischen Nationalversammlung haben. Dadurch werden die Arbeiter von der Abstimmung ausgeschlossen. Die österreichische Regierung hat bei der Votstaherkonferenz dagegen Einspruch erhoben.

Eine Kundgebung des Tiroler Landtags für die Republik.

Innsbruck, 8. November. In der heutigen Landtagssitzung berührte der Landeshauptmann die Frage, was vorzuziehen sei, wenn das Land durch die Katastrophe in die Zwangs-

lage versetzt würde, eine selbständige Entscheidung zu treffen. Daß eine solche im Bereich der Möglichkeit liege, werde kaum jemand bestreiten können. Der Landtag nahm sodann folgenden Dringlichkeitsantrag an: „Titel erneuert sein Bekenntnis zur republikanischen Staatsform, die Abgeordneten erklären, an ihr unverbrüchlich festzuhalten und sie mit allen Mitteln zu schützen.“

Freilassung der von den Banden gefangenen Gendarmen.

Wien, 8. November. Die „Politische Konferenz“ meldet: Heute sind in Wiener-Neustadt die österreichischen Gendarmen und Finanzorgane, die sich seit längerer Zeit in ungarischer Gefangenschaft befinden haben, aus Oedenburg eingetroffen. Die Gefangenen wurden im Wege eines Austausches gegen mehrere in österreichischer Verwahrung befindliche in Oedenburg gefahiene ungarische Freigelassen.

Keine Mobilisierung in Ungarn.

Budapest, 8. November. (U.N.B.) Im Laufe des gestrigen Tages wurden neuerdings Marnnachrichten der ungarischen Regierung verbreitet. Wie an maßgebender Stelle erklärt wird, entbehren diese Gerüchte jeder Begründung und sind größtenteils auf Börsenmanöver zurückzuführen.

Alters-, Invaliden-, Witwenversorgung.
Der Minister für soziale Fürsorge Habrman hebt die Wichtigkeit der Vorlage der Alters-, Witwen und Invalidenversicherung hervor. Spätestens im Sommer nächsten Jahres werde sie der Nationalversammlung vorgelegt werden. Dieses Problem sei so schwer, weil man auf die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse Rücksicht zu nehmen habe. Neben dieser Vorlage bereite das Ministerium für soziale Fürsorge ein Gesetz betreffend die Teuerungszulage für Pensionisten, ein Gesetz für eine neue Arbeiter-Krankenversicherung und ein Gesetz betreffend die Neuregelung der Arbeitslosenunterstützung aus. Diese Gesetzesvorlagen werden noch vor dem 31. Dezember d. J. vorgelegt werden.

Amnestie in Sowjetrußland.

Moskau, 7. November. (Radio-Laurenzberg.) Das Blatt „Nostka“ veröffentlicht unter dem Titel „Verzeihung den geächteten Brüdern aus dem Bürgerkrieg“ eine Kundgebung des obersten Zentralvollzugsorgans, in der den Vorkriegskriegsallern aller Völker, die sich zurzeit in Polen, Rumänien, Estland, Lettland und Litauen aufhalten, Amnestie gewährt wird.

Unter dem Titel „Die Varnherzigkeit der Sowjetregierung kennt keine Grenzen“, wird mitgeteilt, daß die Sowjetregierung zur Feier des vierten Jahrestages der Revolution die von den Volks- und revolutionären Gerichten verurteilten Personen amnestiert und zwar wird den bis zu einem Jahre Zwangsarbeit Verurteilten die Strafe gänzlich nachgesehen, den von einem bis zu drei Jahren Verurteilten auf die Hälfte, den von drei bis fünf Jahren Verurteilten auf ein Drittel herabgesetzt. Bei höheren Strafen werden die Prozesse revidiert.

Die irische Krise.

Ulster macht Schwierigkeiten.

London 7. November. (Reuter.) Die verlautet, sollen die Regierung und die Sinnfeiner Denkschriften über die Stellung Ulster gewechselt haben. Aus diesem Grunde habe der Premierminister mit dem Ministerpräsidenten von Ulster Sir James Craig beraten. Da Ulster den vorgelegten Vorschlägen noch nicht zugestimmt habe, ist die Lage noch immer ernst.

Die Sturmfluten in Deutschland.

Berlin, 7. November. (Woff.) Aus allen Teilen Deutschlands gehen Meldungen über Verwüstungen ein, die durch das Unwetter angerichtet wurden. In Kiel war der Sturm von einem starken Hochwasser begleitet, das in der Stadt und in den Ufern der Kieler Förde erheblichen Schaden verursachte. Eine Anzahl Schifferboote ist gesunken. Einige Dampfer sind im Westsee der Ostsee gestrandet, wofür nähere Nachrichten noch fehlen. Schneestürme herrschen in Hannover und Dresden. Zahlreiche Telegraphen- und Fernsprechleitungen sind zerstört. In Mecklenburg hat der Sturm eine Unterbrechung in der Versorgung des Städt. und Landbezirk mit elektrischem Strom verursacht. Im Riesengebirge liegt der Schnee bis zu einem Meter hoch.

Briand grundsätzlich zur Anerkennung Sowjetrußlands bereit.

Paris, 7. November. (A.S.) Vom Dampfer „Zafanette“ sandte Ministerpräsident Briand seine Antwort auf die Note Tschitscherins bezüglich der Anerkennung der Sowjetregierung durch die alliierten Mächte nach Paris. Die französische Regierung nimmt danach die Anerkennung der Schulden des früheren Regimes durch die Sowjetregierung zur Kenntnis und zieht die eventuelle Erneuerung der regelmäßigen Beziehungen zu Rußland auf ernstesten Rechts- und wirtschaftlichen Grundlagen in Erwägung, wenn sich die führenden russischen Kreise den bei den internationalen Beziehungen geltenden Gebräuchen der zivilisierten Nationen unterwerfen.

Eine selbständige Mirditen-Republik in Nordalbanien.

Graz, 8. November. Die „Tagespost“ berichtet aus Belgrad: Nachrichten aus Albanien zufolge haben die Mirditen in Nordalbanien eine selbständige Republik ausgerufen. Der Führer Marko Giona wurde zum Präsidenten ernannt. Der Kampf mit der Regierung von Tirana dauert fort.

Der englisch-französische Streit.

London, 7. November. (Reuter.) Die englische Regierung hat der französischen Botschaft eine lange Denkschrift übermittelt, in welcher sie insbesondere die Befürchtung ausdrückt, daß durch das französisch-türkische Abkommen einige Schwierigkeiten bei der Regelung des griechisch-türkischen Konflikts entstehen werden.

Die Entwaffnung Ungarns.

London, 7. November. (Tsch. B.) Der diplomatische Vertreter des „Daily Telegraph“ erfährt, daß die Großmächte und die Kleine Entente sich über das Verfahren bei der Entwaffnung Ungarns geeinigt haben.

Der Serbenvornarsch in Albanien.

Rom, 8. November. (Punk.) Es wird berichtet, daß die italienische Regierung bei den anderen Regierungen der Entente dahin wirkt, einen gemeinsamen Schritt bei der serbischen Regierung wegen Albanien zu unternehmen. Die serbischen Truppen sehen ihren Vornarsch in Albanien fort. Alessio ist bereits befehligt.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Der Zusammenbruch der Mark schreitet mit unheimlicher Schnelligkeit fort. Während Anfang September der Wert der Mark dem Wert der tschechoslowakischen Krone ungefähr gleichkam, sinkt der Kurs der Mark gegenüber der Krone seither unablässig. Im ersten Drittel des Monats September fiel der Markkurs auf 85 (das heißt 100 Mark kosteten 85 tschechoslowakische Kronen), im zweiten Drittel des September auf 84,75, zu Beginn Oktober auf 81. Um 10. Oktober stand die Mark nur noch

auf 76, bis zum 20. jedoch fiel sie auf 52%, das heißt, eine Krone war zwei Mark wert. Bis zum 1. November erhobte sie sich wieder. Hundert Mark kosteten an diesem Tage ungefähr 60 tschechoslowakische Kronen. Am 7. November jedoch stand die Mark 36,40, eine Krone war also drei Mark wert und gestern erreichte dieser Sturz seinen vorläufigen Tiefpunkt mit 26,40. Nun muß man schon vier Mark zahlen, um eine tschechoslowakische Krone zu bekommen. Die wirtschaftlichen Folgen dieses unerhörten Wertsturzes der deutschen Reichsmark sind unabsehbar. Sie sind die gefährlichste Bedrohung der Lebenshaltung der deutschen Bevölkerung seit Kriegsende und die tschechoslowakische kann durch diesen ökonomischen Vorgang sehr in Mitleidenschaft gezogen werden, weil jede Konkurrenzfähigkeit der tschechoslowakischen Industrie mit der reichsdeutschen auf dem Weltmarkt ausfällt.

Zollschutz und Konsumenten-Ausbeutung. Auf Grund des § 2. des Gesetzes vom 12. August 1921, durch das die Regierung ermächtigt wird, Handelsbeziehungen mit dem Auslande herzustellen, hat das Handelsministerium eine provisorische Reform des Zolltarifs ausgearbeitet, die im Verordnungswege in Kraft treten soll. Die Zollsätze wurden mit Hilfe von Koeffizienten zu den Grundtariffen bestimmt. Der Geist, der in der Verordnung waltet, wird am besten dadurch charakterisiert, wenn man anfängt, daß in der Verlautbarung an die Presse, die das Außenhandelsministerium herausgegeben hat, vom Schutz der heimischen Landwirtschaft die Rede ist. Wie lange ist es her, da riefen die agrarischen Kreise nach Weltmarktpreisen und sagten, daß wenn bei uns derselbe Preis der inländischen Bodenprodukte gelten werde wie am Weltmarkt, dann werde alles in Dille und Fülle zu haben sein. Nun nachdem die gebundene Wirtschaft von den Agrariern glückselig umgeben wurde, genügen ihnen die Weltmarktpreise nicht mehr, und sie suchen hinter den Mauern erhöhter Zölle höhere Preise der Bodenprodukte zu erzielen als auf dem Weltmarkt gezahlt werden. So laue der Staat die Preise in der Richtung der Verbilligung gegenüber dem Weltmarkt zu beeinflussen sucht, waren die Agrarier die Gegner jedes Eingriffs des Staates in das Wirtschaftsleben, wenn es sich aber darum handelt, die Preise über den Weltmarktpreis hinauszutreiben, da können sie nicht genug den Schutz des Staates verlangen. Das Außenhandelsministerium entschuldigte sich noch, daß nicht sämtliche Forderungen der Agrarier „bis ins kleinste“ entprochen werden konnten. So arch ist bereits der Einfluß der Agrarier auf die Zollgesetzgebung. Wie der geplante autonome Zolltarif ausfallen wird, an dem gegenwärtig in den beteiligten Ministerien gearbeitet wird, kann man danach föhlich ermessen.

Die tschechischen Eisenbahner gegen die Kommunisten. Seit längerer Zeit bereits sind in der tschechischen Eisenbahnerorganisation Kämpfe zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten entbrannt. Der bisherige Obmann der Organisation, der Abgeordnete Krisk, steht auf der Seite der Kommunisten. Sonntag fand nun eine Konferenz der Organisation statt, auf der zunächst mit 200 gegen 12 Stimmen eine Resolution angenommen wurde, welche den neutralen Charakter der Organisation betont und denjenigen, der sich gegen die Neutralität der Organisation verport, als Schädiger der Gewerkschaft mit dem Ausschluß bedroht. Ueber das Verhalten des bisherigen Obmannes Krisk wurde nach der Wahl der Mitstreiter abgestimmt. Der Vorstandsvorsitzende schied vor. Krisk seiner Funktion zu entscheiden, was mit 30.993 gegen 17.407 Stimmen angenommen wurde.

Verzinsung von Konsumvereinen. Vor einiger Zeit haben sich die Konsumvereine in Alt-Rußland, Neidel und Platten zu einer arischen Genossenschaft zusammengesetzt. Nun schreiben auch die Konsumvereine von Komotau, Weipert und Alsterke zur Schaffung eines gemeinsamen Vereines in dem dortigen Gebiet. Sonntag den 6. November fand in Komotau die Generalversammlung des Konsumvereines „Selbsthilfe“ statt, in der nach einem Bericht des Genossen Schalek der Antrag des Vorstandes, dem Prinzip der Verschmelzung zuzustimmen, einstimmig angenommen wurde.

„Glasfabrikanten“. In der „Glasarbeiterzeitung“ lesen wir: In dem vom Arbeiterverband der Glasindustriellen in der tschechoslowakischen Republik, Sib Tevlik-Schönan, herausgegebenen Tätigkeitsbericht über das Verbandsjahr 1920 wird an einer Stelle gesagt, daß „die Stellung des Arbeitgebers, als desjenigen, der über die Arbeitsmittel und die Arbeitskraft verfügt und auf Grund seiner Kenntnisse und Erfahrungen die Unternehmungen leitet, in den wirtschaftlichen Gesetzen begründet“ sei. — Eine treffliche Illustration zu diesen Ausführungen bildet nachstehende Notiz aus dem „Prager Tagblatt“ vom 16. Oktober d. A.: „Prager Glaswerke A.-G. Behufs Uebernahme der Unternehmungen der Firma Prager Glaswerke G. m. b. H. hat sich hier eine gleichnamige Aktiengesellschaft gebildet, deren Konstituierung am 12. ds. in den Lokalitäten der Handelsbank, Filiale Prag, stattfand. Das Aktienkapital beträgt 9 Millionen Kronen in 22.500 Aktien à 400 Kronen, wovon 1.920.000 K in Apparaten

der oben genannte G. m. b. H. eingebracht und der Rest von 7.080.000 K durch Aktienzeichnung mit 20 Prozent Agios bar eingezahlt wurde. In den ersten Verwaltungsrat wurden gewählt: Josef Jelinek, Oekonom in Botruby bei Sternberg, Karl Kremer, Müller und Realitätenbesitzer in Hofstair, Stanislaus Kolarik, Oberdirektor der Handelsbank in Königgrätz, Paul Müng, Fabrikant in Prag, Viktor Müng, Fabrikant in Prag, Heinrich Marek, Grubenbesitzer in Jedomelet bei Schlan, Wilhelm Dohner, Fabrikant in Prag, Dr. Maxim. Javest, Direktorstellvertreter der Landesbank in Prag und Heinrich M. Lauffig, Besitzer der Radotiner Zuckerrabrik in Prag. In der konstituierenden Sitzung des Verwaltungsrates wurde Herr Viktor Müng zum Präsidenten gewählt.“ Also die Herren Oekonomen, Müller und Realitätenbesitzer, Bankdirektoren, Grubenbesitzer, Zuckerrabrikbesitzer usw. „leiten auf Grund ihrer Kenntnisse (!) und Erfahrungen (!) die Unternehmungen (d. i. Glasfabrik)“ und „ihre Stellung als derjenigen, die über die Arbeitsmittel und die Arbeitskraft verfügen, ist in den wirtschaftlichen Gesetzen (!) begründet“!! Wer das zu bezweifeln wagt, versteht eben nichts von den Wirtschaftsgesetzen und schon gar nichts von der Glasindustrie. . .

Die Leiden für die Selbständigkeit der Gewerkschaften. Die Zeitschrift „Unser Weg“ bringt im Oktoberheft „Einiges über die Gewerkschaftsfrage“ von seinem Herausgeber Paul Lebi, der die Moskauer Bedingungen für die kommunistische Betätigung in den Gewerkschaften zum alten Eisen geworfen wissen will. Er ist der Meinung, daß diese Bedingungen sich mit den westeuropäischen, zumal mit den deutschen Gewerkschaftsverhältnissen nicht vertragen. Wenn die deutschen Gewerkschaften von jeher ihre organisatorische Selbständigkeit gegenüber der politischen Arbeiterpartei betonten, so sei dies zwar kein Idealszustand, aber doch eine Tatsache. Daraus ergebe sich der Wille zur weiteren Aufrechterhaltung dieser Selbständigkeit, weiter aber, daß die gewerkschaftlich organisierten Massen in ihrem Wesen und Wollen von den kommunistischen Wünschen weit entfernt seien. Das aber sei die Quelle des Übels, von der die Kommunisten ausgehen müßten, um es zu heilen.

Teuerungswelle in Deutschland. Im Laufe des Monats Oktober hat infolge des rapiden Sturzes der Mark die Teuerung erhebliche Fortschritte gemacht. Während der Index der Großhandelspreise Anfang Oktober nach der Berechnung der „Frankfurter Zeitung“ 184 betragen hat, beträgt derselbe Index Anfang November 248, wenn man den Stand vom Ende Jänner 1920 mit 100 annimmt. Der Vergleich mit der Friedenszeit stellt sich folgendermaßen dar: legt man den Friedensindex gleich 100, so ist dieser Anfang 1920 1083, Anfang November 1921 2687. Damit haben die Großhandelspreise rund die 27fache Höhe der vor dem Kriege bezahlten erreicht. Lehrreich ist ein Vergleich mit dem amerikanischen Warenindex. Dieser hat am 1. Jänner 1920 100 betragen und ist bis zum 4. November auf 51 gesunken. Seit 1. Jänner 1921 sind also die Warenpreise in Amerika um die Hälfte gefallen, die deutschen aber um das zweieinhalbfache gestiegen.

Schließung der Fabrikanten. Das tschechische Rechtsbüro meldet unter dem 7. November aus Mannheim: Wie der Verband der Metallindustriellen mitteilt, wird die Firma Benz u. Co., Automobil- und Motorenfabrik A. G. in Mannheim den Betrieb ihrer Automobilfabrik Dienstadt früh einstellen und die gesamte Arbeiterschaft, etwa 3500 Arbeiter, entlassen. Als Gründe werden die fortgeschrittenen Kundennachlässe der Arbeitererschaft angegeben, die mit Verhandlungen auf dem Fabrikhofe, dem Eindringen in das Verwaltungsgeschäfte und der Verdrängung der Direktoren verbunden waren, sowie die am Montag früh erfolgte Mißhandlung und Verhaftung von Betriebsbeamten. Die Schließung der Werke hat mit den zur Zeit schwebenden Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmer-Vertreter über Lohnforderungen nichts zu tun.

Der Berliner Arbeiterstreik fortgesetzt. Nach schwierigen Verhandlungen ist es gelungen die beiden Parteien im Geschäftsbetriebe auf einer einseitigen Formel zusammenzuführen. Die Arbeiter erhalten eine feste Garantie für ein und einen 10% igen Zuschlag von der Rechnung der Gasse.

Frankreich und die alliierten Neutralitätsquellen. Die ukrainischen Blätter berichten aus französischen Quellen, daß ein französisches Unternehmen die über ein Kapital von einer Milliarde Franc verfügt, im Vorhinein ein Jahr lang für die Hälfte der alliierten Neutralitätsquellen mit einer Produktionskraft von 270.000 Tonnen, die bis zum Ende des deutschen Kapitalismus waren, ausposaunt haben.

Die Verhandlungen mit Unternehmungen in Rußland. Das Moskauer Gubernementsparlament teilte Samanow mit, daß bisher 117 Unternehmungen, darunter 23 metallurgische, verstaatlicht wurden. Hauptzweck sind die Lebensmittel verarbeitende Unternehmen verstaatlicht. Die Nachzahl ist 1 bis 6 Jahre; das Pachtgeld beträgt 3 bis 10 Prozent.

Die Krise in der Lodzer Industrie. Die Textilarbeiterschaft ist an die Unternehmer mit neuen Lohnforderungen herangegetreten. Die Unternehmer haben diese Forderungen angeblich mit Rücksicht auf die bestehende Krise in der Textilindustrie zurückgewiesen, so daß ein Streik in der Lodzer Textilindustrie unvermeidlich zu sein scheint. Um die Arbeiterschaft zu schwächen, schließen die Unternehmer ihre Betriebe.

Der Wert der Krone. Es kosten: 100 schweiz. Gulden 3203, 100 Mark 26,40, 100 schweiz. Franken 1793, 100 Lire 336, 100 franz. Franken 606 1/2, 1 Pfund Sterling 376, 1 Dollar 95 1/2, 100 belg. Franken 681 1/2, 100 Peso 1282 1/2, 100 Dinar 84 1/2, 100 Lei 39,40, 100 österr. Kronen 1,92 1/2, 100 poln. Mark 3,72 1/2, 100 ungar. Kronen 9,55 tsch. Kronen.

Kleine Chronik.

Betrügerei aufgefassen. Gestern Vormittag trat auf den Beamten Gustav Schmidt aus Weinberge ein unbekannter Mann zu, der ihm vier Brillanten zum Verkaufe anbot. Schmidt lehnte zunächst ab, da gefasste sich aber ein anderer, mit dem früher verarbeiteter Mann hinzu, der dem ersten sofort 20.000 Kronen für die Brillanten anbot. Es zeigte sich aber, daß er nicht genug Geld bei sich habe und deshalb bat er Schmidt, die Edelsteine zu kaufen, er würde später mit dem Gelde zu ihm kommen und die Brillanten übernehmen. Die beiden Männer überredeten schließlich Schmidt, doch die Brillanten für 9150 Kronen, mehr hatte er nicht bei sich, zu übernehmen. Beide Unbekannten beschwanden dann und Schmidt konstatierte, als sich mit dem Gelde niemand einstellte, daß ihm vier gefälschte Gläser angehängt worden waren. Nach den Tätern wird gefahndet.

Der größte Leuchtturm der Welt. Die französische Regierung, die dabei ist, in der Nähe von Le Bourget einen Leuchtturm anzulegen, der der größte Europas zu werden verspricht, wird für ihren internationalen Flugdienst auch den größten Leuchtturm der Welt besitzen. Er soll dem Luftverkehr von Paris mit Jstolien, Alger und dem Süden überhaupt dienen. Sein Leuchtfeuer hat eine Lichtstärke von nicht weniger als einer Million Kerzen, und er verfügt über acht Sisen, die den Schein über eine Strecke von 300 Kilometern entsenden. Der gewaltige Leuchtturm wird seinen Platz auf dem Gipfel des Mont Afrigue erhalten, der sich in einer Höhe von rund 500 Metern, etwa 12 Kilometer von Dijon entfernt, erhebt.

Auf der Flucht erschossen. Nach Mitteilungen aus Simla hat im Gefängnis von Lahore ein Nachüberlauf von Gefangenen stattgefunden. Eine große Anzahl von Gefangenen erreichte die letzte Pforte, an der sich aber eine Militärwache befand, die sofort Feuer gab. Drei Gefangene wurden getötet und 31 verwundet. Es steht fest, daß keiner entkommen ist.

Fälcher von Kriegsanleihtiteln. Wien, 8. November. Heute wurden hier der Postrat der Finanzlandesdirektion Hogg und noch ein Beamter unter der Beschuldigung verhaftet, Kriegsanleihtiteln mit falschen Stempeln versehen zu haben, welche Türes mit Hilfe eines polnischen Geschäftsmannes in Oesterreich und allen Nachbarstaaten ankaufte wurden. Der österreichische Staat hat dadurch einen Schaden von vielen Millionen Kronen erlitten. In die Affäre sind etwa sechs Personen verwickelt.

Aus der Partei.

Die Kreisverwaltung Karlsbad hielt am Samstag eine Sitzung ab, an der auch die Bezirkssekretäre der Partei teilnahmen. Es wurde festgestellt, daß die Haltung der Partei während des Karlistenputsches und zu den darauf erfolgten Maßnahmen der Regierung, wie die Massenversammlungen am 31. Oktober bewiesen, bei der Arbeiterschaft volles Verständnis fanden. Die Sitzung befahte sich sodann besonders eingehend mit den Ereignissen in Orazslis. Auch hier konnte festgestellt werden, daß die Vertrauensmänner alles getan haben, um diese Katastrophe abzumenden, aber von unverantwortlichen Elementen aus geanerischen und indifferenten Kreisen um den Erfolg dieser Anstrengungen gebracht wurden. Die Vertrauensmänner von Orazslis werden, sobald eine Versammlung möglich sein wird, den dortigen Parteigenossen ausführlich berichten, so wie auch dafür gesorgt werden wird, die gesamte Parteigenossenschaft des Kreises nach Abschluß der Erhebungen noch weiter zu unterrichten. Es wurde begrüßt, daß der Parteivorstand einen Sammelaufruf für die Opfer der Orazsliver Katastrophe erlassen hat und diesem Zwecke aus den Mitteln der Kreisorganisation einen Betrag von tausend Kronen bewilligt. Mit Rücksicht darauf, daß der Kreisorganisation Gelegenheit geboten werden soll, in ihren Beratungen auch die Beschlüsse des Parteitanes zu verwerten, wurde beschlossen, die Kreisorganisation in der ersten Hälfte des Monats Jänner 1922, u. zw. im Arbeiterheim in Altröhla abzuhalten.

Die Bezirksorganisation Orazslis hatte für Sonntag, den 6. d. die sozialdemokratischen Vertrauensmänner und Funktionäre dieses Bezirkes zu einer Plenarversammlung einberufen. Auf der Tagesordnung befanden sich folgende Punkte: 1. Verbeaktion für die „Volkzeitung“. 2. Trennung der Kirche von der Schule. Zum ersten Thema referierte Genosse Josef Komotau. Sämtliche Vertrauensmänner ocobten, an der in der Zeit vom 20. bis 27. November abzuhaltenen Verbeaktion für die „Volkzeitung“ mit allen Kräften mitzuwirken. In der Resolution, die zum zweiten Punkt der Tagesordnung angenommen wurde, fordert die Konferenz nachdrücklich von der Regierung und von den geschehenden Körperschaften, daß schleunigst alle nötigen Schritte unternommen werden, das schon lang vom arbeitenden Volke ersehnte und von dem Revolutionsparlament schon im Jahre 1918 beschlossene Gesetz über die Trennung der Kirche von der Schule und vom Staat vorzulesen und ihm Wirkungskraft zu verleihen. Aus diesem Grunde fordert die Konferenz die sozialdemokratischen und alle freiheitlichen Vertreter in den parlamentarischen

Körperlichkeit auf, unerschöpflich alle Schritte zu unternehmen, damit die klerikale Propaganda aus den Schulen entfernt werde.

Freie Vereinigung sozialistischer Akademiker der deutschen Hochschulen in Prag. Die wegen der Mobilisierung verschobene erste ordentliche Vollversammlung des Vereinsjahres 1921-22 findet heute um 8 Uhr abends im Karolinum statt. Die Tagesordnung ist unverändert. An Stelle des für Freitag, den 11. November festgesetzten volkswirtschaftlichen Seminars findet ein durch zahlreiche Lichtbilder erläutertes Vortrag des Dozenten Dr. Frits-Brann über "Biologie und Weltanschauung" statt. Ort: Physikalisches Institut, Vinicna 3, Zeit 8 Uhr.

An alle Bezirks- und Lokalorganisationen!

Der Parteivorstand hat in seiner Sitzung am 13. Oktober den Beschluss gefasst, ein **Parteiabzeichen**

für unsere Parteimitglieder einzuführen. Das Abzeichen wird künstlerisch ausgestaltet sein und in Silberemail angefertigt werden.

Der Verkaufspreis beträgt K 3.— per Stück.

Die Abzeichen werden vom Reichssekretariat an die Bezirksorganisationen zum Preise von K 2.50 per Stück abgegeben und sind von diesen an die Lokalorganisationen zum Preise von K 2.80 per Stück weiter zu verkaufen.

Bestellungen sind an das Parteisekretariat in Lepl. Schönau Nr. 1, einzufenden.

Kunst und Wissen.

„Der Tanz“. Vortrag Oskar Vies in der „Urania“. An Oskar Vies knüpft, so wie an seinen unmittelbaren Vorgänger als „Urania“-Redner Wilhelm Bölsche, ein Stück deutscher Literatur- und Geistesgeschichte an. Max Bölsche leitete Vies in den neunziger Jahren (und übrigens bis heute) die führende Zeitschrift der „Jungen“, die „Freie Bühne“, und half, die dichterische Bewegung über den Naturalismus hinauszuführen. Die geistigen und symbolischen Werte der Erscheinungen, an welchen der Naturalismus grundsätzlich vorbeigegangen war, traten in den Vordergrund, die Gesetze der künstlerischen Formgebung wurden wiederum ein Gegenstand des Nachdenkens und des ernstesten Bemühens. Von Hauptmann ging es eben zu D'Annunzio, Maeterlinck und Hofmannsthal, zu Hermann Hesse und Thomas Mann und mit diesen Namen ist auch Oskar Vies ästhetisches Glaubensbekenntnis am besten umrissen. Die strenge, wesensnotwendige Form als einzig möglicher Ausdruck des Darzustellenden, Rhythmus, Beziehungsreichtum und innere Melodik der Sprache und des Geschehens gehören für ihn zum Kunstwerk, und deshalb stehen zwei besonders charakteristische Gattungen der Ausdruckskunst, Oper und Tanz, im Mittelpunkt seines Interesses. Auch der Tanz ist nach

Die jedesmal der Kulturspiegel einer Zeit. Und so wie sich die Menschheit seit der Renaissance vom Korporativen zum Persönlichen entwickelte, so auch ihre Tänze. In der Gegenwart freilich will sich ihm dieser Parallelismus nicht mehr zeigen, da strebt der Sozialismus wieder vom Individuellen zu einem neuen Korporativen zu, der Tanz aber betont eben jetzt Allerpersönlichstes. Gerade in diesem Widerspruch zwischen den Tendenzen der Zeit und der Tanzkunst glaubt Vies den Grund für den starken Reiz zu finden, welchen der Tanz gegenwärtig, allem Leid des Tages zutrotz, auf die Menschen ausübt. Auf der Bühne und als gesellschaftliches Vergnügen begann der neuzeitliche Tanz als mathematisch geregeltes Spiel. Die Ballette stellten große Allegorien dar, in welchen die Schönheit des Körpers nichts bedeutete, sondern alles das abgegriffene Spiel der Massen und der Kostüme; im Tanzsaal promenierte, streng nach Ständen abgestuft, jedesmal nur ein einziges Paar an den Kolonnen der übrigen vorbei. Je mehr auf der Bühne die Handlung vor die Allegorie trat, desto mehr wurde der schöne Körper entdeckt, zuletzt jener der tanzenden schönen Frau, aber erst heute ist der Bühnentanz wirklich Sprache der Persönlichkeit geworden, Ausdruck ihres Sehnsüchtigen und Wollens, schön stilisiertes Gefühl. Ebenso war der Gesellschaftstanz auf seiner zweiten Stufe, im Menuett, nur Spiel eines Paares innerhalb der Menge; erst der „nähtliche Kontretanz“ setzte die ganze Menge in Aktion und um 1700 erwaachte der Walzer, der Massen- und Einzeltanz reizvoll zu verbinden weiß und darum anderthalb Jahrhunderte lang herrschte. Mit den amerikanischen Rippertänzen, dem Fox-Trot u. dgl., steigt auch im Gesellschaftstanz das Persönliche, die subjektive Rhythmik, Leidenschaft und Erotik. Die Musik gehört zum Tanz nicht notwendig hinzu. Sie umkleidet bloß den elementaren Zwei- oder Dreitakt mit einer Atmosphäre des Leichtsinns und Gehobenen, auch sie hat sich, was Vies reizvoll durchführte, aus mathematischer Strenge zur Freiheit und Fülle entwickelt. Weltweit wie diese letzte Variierung eines rhythmischen Motivs im musikalischen Stil der verschiedenen Jahrhunderte war Vies ganzer, schlechthin formvollendeter Vortrag. Leider leisteten sich nur viel zu wenige Prager den seltenen Genuß, einen der ersten Kunstkenner der Gegenwart sprechen zu hören.

Neues deutsches Theater. „Tristan und Isolde“ von Richard Wagner. Die „Tristan“-Aufführung unseres deutschen Theaters könnte sich jetzt sehen und hören lassen, hätten wir einen entsprechenden Tristan. So aber sind wir auf Anleihen angewiesen. Diesmal sang ein in Prag unbekannter Tenor Curt Taucher aus Dresden, den Tristan. Das heißt, er „sang“ ihn nicht nur wirklich, er spielte, er erlebte ihn. Das ist ein-

mal ein Gesangsünstler ersten Ranges, ein Darsteller von überwältigender Ausdrucksgröße, der, in der Rolle ausgehend und sie mit seltener musikalischer Sicherheit beherrschend, ihr in echt Wagner'schem Sinne gerecht zu werden vermag. Tauchers Stimme ist dabei nicht einmal als überwältigend zu bezeichnen; ein immerhin schlankfrähtiger, den brandenden Dechertwegen standhaltender, Irish gefärbter Tenor mit einem eigentümlich herben Beisang. Aber, welche Kultur der Stimme im piano, welche musterpiltige Aussprache und wohlartikulierteste Deklamation, welche selbstlose Unterordnung des rein stimmlichen unter das deklamatorische Prinzip nach Wagners Willen! Tauchers Partnerin war Frau Berthold; ganz großen Stilles in der Darstellung und im Ausdruck, gefänglich leider der schauspielerischen Leistung nicht gleichwertig. Gelänge es Frau Berthold, sich von der flackernden, fast schon tremolierenden Tonabgabe freizumachen und sich in der Wortbehandlung größerer Deutlichkeit zu beseligen, sie könnte als ideale Isolde gelten. Frau Fritsch-Göhl darf die Brangäne darstellerisch und gefänglich zu ihren besten Rollen zählen; doch sei auch ihr Tauchers Kunst der Konsonanten-Einsätze und Verschlüsse als vorbildliche Grundlage deutlicher Aussprache zur Nachahmung empfohlen. Gute Leistungen boten noch: Herr Sterned in der Rolle des hilflosen Königs Marke und Herr Labeer als Hirt. Max Kriener war zwar ein waderer aber unverständlicher Kurwenal. Herr Macha als Meist wird künftig den Bösewicht und Intriganten mehr unterstreichen müssen; dazu gehört zunächst eine unfreundlichere Maske und mehr intrigoantes aktives Spiel. Hans Ludwig sang den Steuermann; das unnötige forcieren der hohen Noten wollen wir ihm diesmal im Hinblick auf seine sonst so schmerzvolle Gesangsleistung verzeihen. Die Regie führte Herr Beyer als zünftiger Oberregisseur der Oper; aber Bühnenbilder sollen nicht nur still, sondern vor allem lebendig sein. Wagner schreibt in der zweiten Szene des ersten „Tristan“-Aktes ausdrücklich „an den Tönen arbeitende Seeleute“ vor; was wir zu sehen bekamen, waren aber dahinträumende Kaulerger und Nichtstuer. Einen besonderen Ehrentag hatte das Orchester unter Remlinskys hundertföhrer Leitung. — Noch ein Wort über das Publikum: Ist das Theater die geheiligte Stätte der Kunst oder ein Kaffeehaus, das die Besucher während der weibecktesten Szenen rücksichtslos kommen und gehen?

Neues deutsches Theater. Mittwoch Gastspiel Thaller — „Moral“, Donnerstag „Aubrey“, Freitag Gastspiel Thaller „Sinfonien“, Samstag nachmittags 2 Uhr Aufführung des „Marie Stuart“, 7 Uhr abds. „Peter aus Dinsoda“, 10 Uhr Nachvorstellung „Sinfonien“. Sonntag abends 7 Uhr „Aubrey“.

Das Länderspiel Ungarn—Schweden. In unserer sonntägigen Notiz über die Leistung dieses Spieles durch den Prager Schiedsrichter Debal wird uns mitgeteilt, daß sich die Unn. Schiedsrichter-V. an die Prager Sch. V. um

Entsendung eines Schiedsrichters gewendet hätte, worauf die Prager Sch. V. die Herren Debal und Gräs nominiert hat. Die von verschiedenen Tageszeitungen gedruckte Notiz, daß die Herren Debal und Gräs zur Leitung des Spieles aufgefördert wurden, ist daher eine irrige, es hat vielmehr die hiesig aufgeförderte Prager Sch. V. diese zwei Herren nominiert.

D. F. C. Prag—S. A. Blyen 6:2 (4:0). Dieses Spiel war geeignet, dem D. F. C. wieder seine alten Anhänger zuzuführen, die zu verlieren er durch seine letzten kläglichen Spiele auf dem besten Wege war. Die Blyener sind ein ernstlicher Gegner, die in ihrem Gau eine hervorragende Rolle spielen, und u. a. den letzten Gegner des D. F. C. — Cedie Karlin, mit welchem dieser 2:2 unentschieden spielte, statt 3:0 geschlagen haben. Der schöne Sieg ist der hohen Form, in der D. F. C. Sonntag spielte, zuzuschreiben. Besonders Erwähnung verdienen Toth, Höb und Leh, welche durch fleißiges Spiel, gute Kombination und vor allem durch feines und geschicktes Schützen ihrem Verein den Sieg sicherten. Auch Sudan und Keller überraschten durch gutes Vorbringen des Balles, während die Verteidigung nicht auf voller Höhe war. Wenn die Prager ihre sonntägige Form beibehalten, werden sie noch viele schöne Resultate erzielen.

Länderspiel Ungarn—Schweden 4:2 (1:0). Ort: 3. Schloßer 1 Tor. 34.000 Zuschauer trotz Regenwetters. Schiedsrichter Boas (Holland).

Länderspiel Italien—Schweiz 1:1 in Genf. 15.000 Zuschauer, Halbzeit 1:0 für Schweiz. Schiedsrichter Hugo Meisl (Wien).

Terminliste der nächsten Länderspiele: 13. November Schweden gegen Tschechoslowakei in Prag, Frankreich gegen Holland in Paris, 16. November Hamburg gegen Berlin in Hamburg, 4. Dezember Norddeutschland gegen Nordholland in Hamburg, 18. Jänner 1922 Frankreich gegen Belgien in Paris.

Die Hochsaison der Länderspiele nimmt Sonntag mit den Spielen Schweden gegen Tschechoslowakei in Prag und Frankreich gegen Holland in Paris ihren Fortgang.

Interessante Fußballwettkämpfe finden Sonntag, den 20. d. M., in Prag statt. Lepl. F. R. gegen Sparta, Slavia gegen Viktoria und DFC. gegen Union Slavia.

Der festeste Haß, daß ein Spieler wegen „lässigen Spieles“ gesperrt wird, erlancete sich in Wien. Der Fest. F. V. hat den Spieler Neubauer aus diesem Grunde disqualifiziert.

Verantwortlicher:

Dr. Ludwig Tschek und Karl Germaiz
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß
Druck: Aktiengesellschaft Tribuna, Prag.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Rechtzeitig eindecken!
Weihnachts-Wunderkerzen „UNIO“
In bekannter erstklassiger Qualität erhältlich bei allen Grossisten einschlägiger Branchen, wo nicht, direkt in der Fabrik „UNIO“-Werke, Ges. m. b. H., Pilsen.
Generalvertreter:
JOSEF POLLAK, Weinberge, Besslova 3.
Telephon 310, 213

Wir erzeugen wieder feinste
Theemargarine „SANA“
und vorzügliche
Tafelmargarine „AXA“
den besten, altbewährten Buttererzatz
der Neuzeit in Friedensqualität.
Sana Ges. m. b. H., Prag-Bloubetin
Pujcovni 2. 151

Marx-Kalender für 1922
in schöner, geschmackvoller Ausführung
das Stück mit Block zu Kc 215, sowie
Adler- u. Seligerkalender
mit Block das Stück zu Kc 2—, liefert
Photokal, Fabrik phot. Kartons u. Kalender
Pankratz & Co., in Neuern, Böhmerwald.
287

Büro- und Geschäfts-Einrichtungen
amerik. Roll-Flachpulte, Registraturen, Kassen-Regale, Verkaufspulte, Gasthausmöbel etc. offeriert den p. t. Gewerkschaften und Genossen, schaft zu Vorzugspreisen 127
N. Kominik, Prag II., Renovační 6, Telefon 8514-711

CAFÉ ELEKTRA
PRAG-WEINBERGE,
beim Museum, neben dem Deutschen Theater.
TREFFPUNKT DER GENOSSEN
Telephon 4854. 124

VORNEHME HERRENSCHNEIDEREI NACH MASS
AUS EIGENEN UND MITGEBRACHTEN STOFFEN
MAISON LOUVRE
PRAG, NARODNI TRIDA 20
STETER EINGANG VON NEUHEITEN TELEPHON: 7863 4648 ERSTKLASS. SCHNITT UND VERARBEITUNG 143

PALMA
Der unverwundliche Kautschuk-Schuhabsatz
241

Wieder einmal Kreibich gegen Kreibich.

Die freche Verlogenheit, mit der die Deutschbürgerlichen die deutschen Sozialdemokraten jüngst der „Kriegshege“ bezichtigten, erweckt die lebhafteste Freude des Reichenberger „Vorwärts“, und der gefällt sich darin, den Deutschbürgerlichen dabei aufs treueste zu sekundieren. Die innige Freundschaft zwischen den Kommunisten und Deutschbürgerlichen zeigt sich auch bei dieser Gelegenheit. In den deutschbürgerlichen Blättern ist nicht ein Wort gegen die Kommunisten wegen ihrer Haltung in den Mobilisierungstagen zu lesen und umgekehrt erweisen auch die Kommunisten den Deutschbürgerlichen die Treue, indem sie sie jetzt bei der Hege gegen die deutschen Sozialdemokraten unterstützen. Da sich nun der ehrenwerte „Vorwärts“ so eifrig bemüht, in die Kerbe der Deutschbürgerlichen zu hauen, sei festgestellt, was Abgeordneter Kreibich am Dienstag, den 25. Oktober in der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Abgeordnetenhauses über die Stellung der Kommunisten zum Sababurgerputsch äußerte. Er sagte damals wörtlich:

„Wir betrachten die monarchistische und reaktionäre Gefahr nicht nur in Ungarn und unserer nächsten Umgebung, sondern in ganz Mitteleuropa als äußerst ernst. In der reaktionären Aktion in Ungarn sehen wir die höchste Bedrohung der tschechoslowakischen Nationen und wir Kommunisten sind in der Ueberzeugung einig, daß die nationale Selbständigkeit des tschechoslowakischen Volkes und ihre Unantastbarkeit eine der Vorbedingungen der revolutionären Entwicklung ganz Europas in der Richtung zum Sozialismus ist. Aus diesem Grunde sind wir für die energischste Vernichtung der Reaktion in Ungarn mit den schärfsten Mitteln. Vor allem aber sind wir dafür, daß Karl Sababurg einmal definitiv unschädlich gemacht wird.“

So äußerte sich Kreibich, der Führer der deutschen Abteilung der Kommunistischen Partei im Auftrag der Partei in einer wohl vorbereiteten Erklärung in der entscheidenden Sitzung des Außenausschusses des Parlaments. Unzweideutig ist in den Äußerungen Kreibichs die Zustimmung zu den Mobilisierungsmaßnahmen und zum Kriege gegen Ungarn enthalten. Als nun durch die Gefangennahme Karls die Kriegsgefahr beseitigt war, und die Kommunisten merkten, daß in der Arbeiterschaft eine, ihrer Parole ganz entgegengesetzte Stimmung, die einzig und allein auf den Frieden eingestellt war, herrschte, da beeilten sie sich, umzusteuern und neustens suchen sie sogar ganz in der Tonart der deutschbürgerlichen Schmutzpresse die deutschen Sozialdemokraten der Schuld an der Mobilisierung zu zeihen. Auf derselben Seite des „Vorwärts“, auf der er seine dreifachen Verdrehungsfünfte zum Besten gibt, macht er folgende Geständnisse:

„Die Partei (gemeint ist die kommunistische) nahm wohl gegen eben imperialistischen Krieg Stellung, erkannte aber nicht gleich im ersten Augenblick, daß auch die jetzige Mobilisierung im Grunde genommen imperialistisch im Zweck dient. Sie verabsäumte es, mit der nötigen Schärfe zu betonen, daß ein jeder Krieg, den kapitalistische Staaten — mögen sie nun die Angreifer oder „Angegriffenen“ sein — führen, ein imperialistischer Krieg ist, der ein- und allein den Zweck hat, den Völkern der Bourgeoisie zu fördern oder zu verteidigen. Durch diese Unklarheit, die ja zum Glück wieder behoben wurde, sind die Arbeiter in erster Reihe in den deutschnationalistischen Gebieten tatsächlich verwirrt geworden... Da die kommunistische Partei in den allerersten Tagen der Mobilisierung tatsächlich eine etwas unklare Stellung eingenommen hat und es deshalb in den deutschen Gebieten keine andere gegen die Mobilisierung orientierte Partei gab, als die Deutschnationalen, mußte sich automatisch eine gewisse „deutsche Einheitsfront“ herausbilden... Es wäre Aufgabe der kommunistischen Partei gewesen, diese zweifellos vorhandenen, in ihrer Wurzel unbestreitbaren Energien (gemeint ist die Weigerung, dem Einberufungsbefehl Folge zu leisten) durch eine einseitige, klare Stellungnahme gegen jeden Krieg zu sammeln und sie zur Stärkung der politischen Klassenfront zu verwenden.“

Wenn Kommunisten heute eine Losung ausgeben und morgen das gerade Gegenteil behaupten, so ist dies eine „Unklarheit“, die sie sich selber weiter nicht übel nehmen und die glauben trotzdem, sich der Arbeiterschaft als diejenigen vorstellen zu dürfen, welche in jedem Augenblick die einzig richtige revolutionäre Stellungnahme zu finden wissen. Die „keine Unklarheit“ hätte bald unter Zustimmung der Kommunisten zum Kriege geführt, aber das hindert die Kommunisten nicht, jetzt den Versuch zu unternehmen, die Friedensliebe der Arbeiterschaft auszunützen und durch einen gemeinsamen einträchtigen Feldzug mit den Deutschbürgerlichen gegen die deutschen Sozialdemokraten ihre Haltung in den Tagen der Kriegsgefahr bei der Arbeiterschaft vergessen zu machen. Abgeordneter Karl Kreibich hat erklärt, die nationale Selbständigkeit des tschechoslowakischen Volkes müsse verteidigt, die Reaktion in Ungarn mit den schärfsten Mitteln vernichtet werden. Einige Tage später erklärt derselbe Karl Kreibich als Chefredakteur des „Vorwärts“, daß auch die jetzige Mobilisierung imperialistischen Zwecken diene und daß er dies in der Eile ganz übersehen habe. Deutschbürgerliche und Kommunisten sind einander würdig und gleichermaßen berechtigt, andere als Kriegshege hinzustellen!

Die Toten lehren wieder. Am 20. d. wird in Eger der ehemalige alldutsche Reichsratsabgeordnete Franz Stein aus Wien eine Gedächtnisrede für Georg Schönerer halten. Diesen Anlaß will das Fährlein der sieben aufrechten Alldutschen benützen, um die längst verstorbene alldutsche Partei wieder ins Leben zu rufen. Sie soll den Namen führen, „Alldutsche Volkspartei für Böhmen, Mähren und Schlesiens“. Die Erfindung des Namens „Volkspartei“ für die handvoll Narren ist wohl der beste Witz, der in der Politik seit langem gemacht wurde.

Ein ungarisches Tagblatt in Prag. Die Prager Blätter melden, beabsichtigt der Abgeordnete Szent-Ivany ein ungarisches Tagblatt in Prag herauszugeben.

Ueber die Reform des Wahlrechts schreibt der bekannte tschechische Staatsrechtslehrer, Professor W e h r in der „Lidove Noviny“. Er sagt,

Stutze doppelt jährigen Bewegungen droßig genug widerprechen.

Er konnte sich in einen großen religiösen Eifer hineinreden. Dennoch traute man ihm nicht so ganz. Seine Klammern schienen gewollt verjüngt. Und er hatte merkwürdig heiße Augen, von denen man das Gefühl hatte, sie ziehen alles tief in sich und sehen es ganz eigen und behalten es in sich.

Dann waren ihm seine Eltern weggestorben, so daß kein Einfluß mehr auf ihn geübt ward. Und ihn war von einem Oheim eine Erbschaft zugefallen, groß genug nach seinen Vergriffen, um ihn frei und unabhängig zu machen. Augenblicklich sprang Peterfilla aus der Stutze und offenbarte nun einen höchst merkwürdigen Vaffensack voll kühner Uebertreibungen, eine Verachtung aller Kirchengebote, die in der kleinen Stadt übel genug bemerkt wurde.

Denn Jud' und Christ mochten sich so weit nicht. Ein Freigeist aber mißfiel beiden Bekennnissen in gleicher Weise. Denn man hielt auf Religion.

Er gebärdete sich hufftisch und die Deutschen haßend genug. Man glaubte es ihm nur so wenig, wie vordem seine ausübendige Andächtigkeit. Etwas unbewußte Komödie spielte er offenbar sich und anderen gerne vor, und er verlor sich immer völlig an die Umstände, unter denen er lebte.

Für begabt galt er durchaus nicht. Da hatten wir schon ganz andere Köpfe oder wie Vater Mathia sagte: lumina. Im Seminar hatte man ihn durchgeschleppt, weil einer schon sehr gottverlassen sein muß, was sich für einen Gottgeweihten doch nicht gehört, um da durch-

daß sich die Kritik des bestehenden Wahlrechts vor allem gegen die gebundenen Listen richte und macht einen Vorschlag, der dem Wähler das Gefühl der Unfreiheit, in dem er sich den gebundenen Listen gegenüber befindet, verschwinden macht. Das soll dadurch geschehen, daß der Wähler zunächst in einem ersten Wahlgang die Partei wählt und alle diejenigen, die sich für eine bestimmte Partei entschieden haben, in einem zweiten Wahlgang die betreffenden Personen bestimmen sollen.

Die vereinigten Staaten des slawischen Mitteleuropa. In einem Leitartikel schildert der „Pravdy Becevník“ vom 8. November die weitreichenden Ziele der gegenwärtigen tschechischen Außenpolitik. „Das Projekt Naumanns eines bestimmten Partei en, die es darin, wurde jetzt nach den Vereinbarungen mit Polen ersetzt durch den Plan eines slawischen Mitteleuropa. Ein Staatenblock mit über 65 Millionen Einwohnern wird einen vollen Ersatz für das ehemalige Oesterreich-Ungarn bieten, was Frankreich sehr gut einzuschätzen wissen wird. Den tschechisch-polnischen Bund, der eine Erweiterung der kleinen Entente darstellt, wünschte Frankreich; England aber und besonders Italien werden ihn nicht gerne sehen. Von einem italienischen Protektorat über Mitteleuropa kann nicht mehr die Rede sein. Die Staaten der kleinen Entente genügen sich nunmehr selbst. Die tschechisch-polnische Vereinbarung hat angeblich keine Spitze gegen Rußland. Die Tschechoslowakei hat ihr Desinteressement an der ostgalizischen Frage erklärt und man hofft, daß bis Polen mit Rußland den Streit um seine Ostgrenze geregelt haben wird, sich die Polen mit den Tschechen zusammen am Wiederansauf Rußlands beteiligen werden (wenn nur diese Hoffnung nur nicht allzu optimistisch ist. Num. d. Red.) wodurch sie auch dieses für die slawische Interessengemeinschaft gewinnen werden. Wenn wird in dieser Staatenverbindung die Führung zufallen? Geschaffen hat sie die Tschechoslowakei unter Benešs Führung. Diese verfügt über eine stetige Bevölkerung, ihre Landwirtschaft, ihr Handel und ihre Industrie sind von allen Staaten der kleinen Entente am besten entwickelt. Die Polen haben noch offene Grenzen, ungefestigte innere Verhältnisse und überlassen der Tschechoslowakei sicher die Führung.“

Die nationale Hege in Permanenz. Die „Narodni Democracie“ hat mit dem gestrigen Tage eine ständige Rubrik eröffnet, welche den Leiden der Tschechen im tschechischen Staate gewidmet sein soll. In der Einleitung heißt es: Die Ereignisse in den verdeutschten Gebieten werden für die Existenz des Staates immer gefährlicher. In den verdeutschten Gebieten ist der Tscheche noch immer der Paria wie zur Zeit Oesterreichs. Die tschechischen Errungenschaften seit dem Umsturz sind zum großen Teil imaginär. Die Unmenge bewilligter Schulden steht in beträchtlichem Maße bloß auf dem Papier. Es sind für sie keine geeigneten Gebäude vorhanden, sie sind nicht eingerichtet, und es ist in den meisten Fällen ein Opfer, die Kinder dorthin zu schicken. In den Aemtern herrscht weiterhin die deutsche Sprache. Auch die Gendarmerie und die Finanzwache ist deutsch. Die Staatsautorität ist erschreckend gesunken. Bei der Mobilisierung haben sich Dinge ereignet, die sich nicht wiederholen dürfen. Wenn wir unseren Staat erhalten wollen. Sie werden sich aber nur dann nicht wiederholen, wenn die Staatsgewalt mit aller Kraft über jene herfallen wird, die für den Staat und seine Anordnungen nur Spott und Verachtung übrig haben. Die Staatsverwaltung muß die tsche-

zuffassen. Nun, da er aus Obergymnasium kam, ging es mit ihm jämmerlich genug. Er mochte weder lernen noch lesen, und dem Durchschnitt erschien er wohl stumm und gleichgültig gegen alles. Offenbar blieb er nur auf der Anstalt, weil er sich für den elterlichen Beruf schon verdoeben fühlte, weil er zum lateinischen Bauern keine Lust hatte und noch nicht recht wußte, was mit sich begannen.

Er hatte dabei eine eigene Art an sich, die Herren Professoren gegen sich zu erbofen. Noch leben und wirkten einige Baristen darunter, denen es bei aller Duldsamkeit mißfiel, daß er sich trotz seiner ursprünglichen Bestimmung für die Kirche nun gar so weltlich und gottlos benahm. Und sie boten die nicht eben löbliche Gewohnheit an sich, bei jedem Vergehen gegen Schulordnung und Verneiner mit dem schärfsten Gehüß und mit Drohungen ewiger Verdammnis anzurufen.

Diese polsterten, und andere winkelten. Nun war es manchmal, als lege es Peterfilla daran, die hochwürdigen Herren jeden nach seinem Temperament in eine oelnde Wut hineinanzureizen. Dann stand er da, eines Hauptes länger als die gesamte übrige Klasse, die schwarzen, schlichten Haare zurückgestrichen, knochig, mager und edel, und schwieb, die schwarzen Augen unverwandt auf seinen Lehrer, der nun sein Opfer war, gerichtet, stehend-während der Predigt, als dürfe er keinen Laut und keinen Gestus verpassen: furchtbar ernsthaft und dennoch durchaus ein Knauz und ein Schalk.

Da war der Vater Mathia. Sehr streng, sehr eifrig auf sein Griechisch und auf seine Einführung in die philosophische Wissenschaft, mit

tschechischen Minoritäten als die einzigen Träger des Staatsgedankens dadurch unterstützen, daß sie an sie die staatlichen Lieferungen vergibt. Die Staatsverwaltung darf es nicht dulden, daß deutsche Arbeiter aus dem Reiche an Stelle der tschechischen aufgenommen werden. Zum Schlusse heißt es, daß in einer täglichen Rubrik die Augen der tschechischen Öffentlichkeit und der maßgebenden Kreise dorthin gelenkt werden, wo das Schicksal unseres Staates und unserer Freiheit besiegelt werden wird.“ — Es wird die nationale Verhegung, die zum täglichen Brote der „Narodni Democracie“ gehört, als ständige Bedrohung der ruhigen Entwicklung des Staates von den Patriotpatronen in Permanenz erklärt.

Vorlage des Sozialversicherungsgesetzes längstens im Sommer. Minister Habrman hat im gestrigen Budgetausschuß eine Erklärung abgegeben, die von großer Bedeutung ist: Der Gesetzentwurf über die Sozialversicherung wird längstens im kommenden Sommer dem Parlamente vorgelegt werden. Der Minister hat aber diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen ohne auf die Mängel des Gesetzes schon jetzt hinzuweisen. „Es ist nötig auf die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse Rücksicht zu nehmen“ — meint der Minister. Aber gerade die furchtbaren wirtschaftlichen Verhältnisse sind es doch, die eine radikale Regelung der Sozialversicherung erfordern.

Weiters kündigte der Minister die Vorlage einiger Gesetze vor dem 31. Dezember l. J. an: ein Gesetz über die Teuerungszulagen zum Pensionseinkommen, einen Gesetzentwurf über die neue Arbeiterkrankversicherung und einen Gesetzentwurf über die Erneuerung der Arbeitslosenunterstützungen. Wir hoffen, daß alle diese Gesetze auch tatsächlich zu dieser Frist vorgelegt werden.

Tages-Neuigkeiten.

Drei Jahre sinds her. Da stürzte der Bau zusammen, an welchem Lüge und Gewalt mit Feder und Schwert gezimmert hatten, da zerbrach der Traum vom gewaltigen, erdbeherrschenden Deutschland und ein armer, todwunder Bettler rang nur noch aus leuchtender Brust um sein bißchen Leben. Die stolzen Herren des Krieges, die eben noch von „Endsieg“ und „Durchhalten“ gesprochen hatten, ergaßen auf ihre großen Worte und wandten der verlorenen Sache feig den Rücken. Die Obrigkeit diese jahrhundertlang verehrte eigentliche Vorsehung des Deutschen, dankte ab und der niedergehaltenen Masse wuchs mit einmal die furchtbare Pflicht zu, die Sünden ihrer Peiniger zu bereinigen. Das Volk hat sich zu dem schweren Amt nicht vorgebeugt, hat keinen Widerstrebenden gewaltsam „stürzen“ müssen und isoferner gab es, wenn man vom Begriff der Revolution das Merkmal des Umsturzes nicht loslösen will, im November 1918 überhaupt keine Revolution. Wohl aber hat das Volk die Forderung der gebietenden Stunde verstanden und versucht, den Schutt der Vergangenheit abzutragen, damit ein Leben neuer Art aus der wüsten Stätte emporwache. Wo eben noch ein Monarch und ein verantwortungsloser Krieger von Generalen und Adligen geherrscht hatte, dort begann der Wille der Gesamtheit laut und deutlich zu sprechen. Die Arbeiter-

denen man uns eben die letzten Weihen für die Hochschule gab und den Abschied vom Gymnasium verließ. Wir hatten haarscharfe Logiker und erstaunliche Psychologen unter uns. Peterfilla verachtete alle drei Fächer. Gerechter war feiner als Vater Mathia; feiner aber auch größer. Denn er war ein deutscher Bauernsohn und gefiel sich in der Mundart und den Fäulchen der Heimat. Er konnte weitern, daß es seine Art hatte und den Verstocktesten ein Schauder überkam; über zwei Fährnechte, die sich einander verfahren haben und nun nicht löstönen, war er. Und man weiß, in solchen Fällen gewinnt die Erfindungs-gabe Schwingen, und es kommen schöne und des Denkens würdige Leistungen zur Tage.

Der hatte den Peterfilla einmal in der Arbeit. Es war ein Spektakel, als wolle er dem Burfchen an den Stragen, und daß man auf den Gängen zusammenliefe. Und mitten in seinem Koller, knapp nach der Frage, die immer den Höhepunkt seiner Ausführungen bezeichnete: „Du Mistkerl! Deinetwegen glaubst du, daß Christes gestorben ist?“ wollte sich der hochwürdige Herr kräftigen und griff nach seiner Dose, denn daraus sog er seine schönsten und saftigsten Wendungen, und merkte mit Schrecken, sie sei völlig leer. Peterfilla aber langte mit einer unsäglich Seelenruhe in seine Tasche und bot dem Großleuden eine Prieße dar. Gedankelos griff der zu, schnupfte, und alle Buben brachen miteinander in das unbändigste Gelächter aus. Nur Peterfilla schnitt sein unschuldigstes Gesicht, der Herr Professor aber bekam einen neuen Wutanfall, schimpfte und knurrte noch einiges und trat alsdann einen unwürdlichen Rückzug an.

Fenilleton.

Die Hanna.

Eine Postkarte war ihr unversehens ins Haus gekommen. Florian Peterfilla erinnerte mich alter Beziehungen, teilte mir mit, er habe sich nächst Klosterneuburg in einem einsamen Häuschen eingemietet, und bat mich dringend um meinen Besuch für nahe Frist.

Es war im beginnenden Spätherbst. Das ist die richtige Zeit für eine bequeme Wanderung die Donau aufwärts. Und der Mann, der in einer wunderschönen, weiträumigen, klaren Christ diese Einladung an mich ergaßen ließ, stand mir klar genug vor den Augen, daß mir ein Wiedersehen mit ihm höchst erwünscht sein mußte.

Wir waren gute Kameraden gewesen am Arrenzierer Gymnasium. Das war nun freilich manches liebe und leide Jahr her. Aber so lange Zeit mit starken Erlebnissen darüber verfloßen war, ich hätte den wunderlichen Gesellen nicht vermissen können, auch wenn er sich späterhin nicht mir und allen, welche die Kunst lieben, in der nachdrücklichsten Weise ins Gedächtnis gerufen hätte.

Er war das Kind ganz armer Häuslerleute aus der Hanna. Und natürlich studierte er also über Wunsch seiner sehr frommen Mutter, und weil das am billigsten kommt, „auf geistlich“. Und er war dazumal sehr fromm und fühlte sich in seiner künftigen Würde nicht wenig und sprach voll Ernst und Selbun, die seinen heftigen und durch die

schafft, deren einziger Lebenszweck es bisher gewesen war, sich im Dienste des Kapitals zu bewegen, sich im Dienste des Staates verbluten zu dürfen, nahm Gesetzgebung und Verwaltung energisch in die schwelende Hand. Von einem Tag zum andern ward das Bild deutschen Lebens und Wesens ein anderes, die Gebundenheit war der verantwortungsvollen Freiheit gewichen und darum darf man doch wohl den Wechsel der Zeitalter, der sich im 9. November 1918 ausdrückt, mit Zug und Recht eine Revolution nennen.

Die bitteren Rückschläge, die seit jenem Schicksalstage eintraten, sollen keinen Klassenbewußten Arbeiter verwirren. Es war klar, daß die gestürzten Mächte sich wieder auf sich selbst besinnen und die verlorene Stellung wiederzuerobieren versuchen würden. Denn der Zusammenbruch hatte wohl ihre Niedertracht bloßgelegt, doch nicht ihre Kraft von der Wurzel her vernichtet. Und ebenso verstand es sich von selbst, daß die Siegermächte die neue deutsche Entwicklung nach Möglichkeit unterbinden würden. Denn der Sieg gab denselben Klassen das Szepter in die Hand, denen die deutsche Niederlage es dort aus der Faust geworden hatte. So wurden die Gegner von gestern, wie wenig sie es auch zugeben, wie sehr sie es auch hinter schaulustigen Seiten verbergen mögen, die Verbündeten von heute und morgen, in geschlossener Front marschiert die Weltreaktion gegen die Stammländer des Sozialismus Deutschland und Deutschösterreich! Von Frankreich über Bayern, Ungarn, die Tschechoslowakei, Polen und die Balkanstaaten schloß sich der fürchtbare Ring, Völkerbund und Staatenkonferenzen sind seine Instrumente, Valutasturz sein grausamstes Kampfmittel. Der Internationale der Gewerkschaften nur die Internationale der Arbeiter Herr werden.

Diese Erkenntnis sollte aus dem trüben Dunkel, in welchem wir die dritte Wiederkehr des 9. November feiern müssen, als einziger Gewinn emporkommen. Dann brauchen wir nicht gesenken, sondern dürfen wir stolz erhobenen Hauptes der Zukunft entgegengehen.

Es wird abgerüstet. Zentnerschwere Last lag seit jenem Sonntag auf allen Gemütern, da das Gerücht die Luft durchschwärmte: es wird mobilisiert. Und als sich dann das Gerücht bewahrheitete, als am nächsten Tage vier Jahrgänge zu den Waffen gerufen wurden, als fürchtbar ernst die Kriegsgefahr drohte, da durchlebten wir alle Stunden und Tage entsetzlicher Dual, fürchtbarster Sorge. In den letzten Jahren, die uns so viel Schreckliches, so viel Not und Bitterkeit erleben ließen, gab es kaum noch eine Stunde, die uns mit soviel Bangen erfüllt hätte wie wir es in den vergangenen Wochen empfanden. Nun endlich weicht der Druck von uns. Ein Aufatmen geht durch die Reihen der Arbeiterschaft — das Grauenhafte, dessen Nähe unser Blut stoben machte, an dessen Notwendigkeit wir nicht glauben wollten, das uns unsäglich schien, ist abgewendet. Die Reaktion, die ihr Haupt erhoben hatte, hat ihren Schlag nicht zuende führen können: der Knabe Karl, der Mitteleuropa in Angst und Schrecken versetzt hatte, singt nunmehr den Helden von Gibraltar seine Klagen, die er bald im Wein von Madeira ertränken kann und mit der Abschaffung Karls und der ganzen Sababurgelique ist auch die Kriegsgefahr, vor der das arbeitende Volk erzitterte, beseitigt worden. Nun werden endlich auch die Waffen niedergelegt, die trotz des gewaltigen inneren Widerstrebens aller aus den Rüstkammern hervorgeholt wurden. Die jun-

Wie beide vertragen uns ausgezeichnet. Es war nämlich erlaunlich und wie ein Wunder, wie scharfe Sinne der Burche hatte. Er bestimmte nach der Schichtung der Wolken das Ziehen des Windes. Er gewahrte jeden Kringle im belauten Gras. Er sah die Lerche, wenn sie ganz verloren und im Blauen ihr Sonnenlied herunterjauchzte.

Bestaunte man ihn darum, dann fuhr er sich mit der Hand übers Gesicht, wie es die Herren Lehrer in der Gewohnheit hatten, um die Mäntel ihrer rasierten Wangen zu prüfen: „Weißt du, weil ich nicht so dumm bin, da werde ich mir meine Augen vielleicht auch mit den blöden Büchern verderben!“

Wir gingen mit einander spazieren. Aber den Park, der doch prächtig genug ist, mit seinen alten Baumgängen, mit dem stolzen Geflügelhaus, das sich so schön und goldgelb im großen Weiher spiegelt, in dessen stiller Flut an schwülen Tagen sich die Karpfen in dichten Scharen, die beschuppten Rücken schillernd in der schwülen Sonne zur Fläche drängen, während ein leiser Wind die Blüten der Kaskanien über die Wasser streut, den mocht er durchaus nicht trotz der zierlichen Tempelchen, der rinnenden Bäche, darüber sich schlauke Brücken spannen, der großen grünen Wiesen, überwuchert mit mannigfachen Blüten, auf denen der Pfau sein sonniges Rad schlägt, trotz seiner Haine voll einer schönen, verchiedenen Einsamkeit und Ruhe. Der war ihm gar zu gestickt.

Dahin ging man nur, um zu baden oder um einen müßigen und sonst verlorenen Nachmittag zu verkehren. Und er sprach recht sehr verächtlich zu meinem innigen Schmerz davon. Aber ich war ihm durchaus nicht gewachsen.

oer Männer, die ihrer Arbeit, ihren Familien entzogen wurden, kehren wieder heim — so groß auch die Schäden sind, die diese wenigen Wochen der Allgemeinheit und dem Einzelnen brachten, das Entsetzliche, das zu befürchten war, ist nicht eingetreten. Diejenigen, die die Reaktion fördern wollen, mögen nun die Lehren ziehen, sich vorsehen, daß sie kein zweites Mal mehr die Geduld der Völker auf die Probe stellen. Jetzt aber leben wir alle dem befreienden Gefühl, daß die Waffen wieder dorthin wandern, wo sie ewig bleiben mögen: in die Rüstkammern.

Der slowakische Dichter Hviezdoslav gestorben. Gestern morgens ist nach längerer Krankheit in Unter-Rubin (Slowakei) der Dichter Paul Hviezdoslav im Patriarchenalter von 72 Jahren infolge von Arteriosklerose gestorben. Sein ursprünglicher Name lautete Paul Orszagh. Hviezdoslav wurde am 2. Februar 1849 in Ober-Rubin im Arbaer Gebiet als Sohn eines verarmten Grundbesizers geboren. Er besuchte ungarische Schulen und war nahe daran entnationalisiert zu werden. Seine ersten Gedichte verfaßte er in ungarischer Sprache, auf dem Gymnasium schrieb er auch lateinische und hauptsächlich deutsche Gedichte. Seine erste Sammlung von Gedichten veröffentlichte er im Jahre 1868, denen er bis zum Jahre 1910 noch weitere acht Bände folgten. Er schrieb weiters epische Dichtungen unter Zugrundelegung biblischer Stoffe, sowie ein Drama „Herodes und Herodias“. Hervorragend betätigte er sich auch als Uebersetzer anderssprachiger Dichtwerke in die slowakische Sprache. So übersezte er Schiller und Goethe, Shakespears, Petros, Madach, Midietow, Pushtin und Vermonov. Die Bedeutung Hviezdoslavs, dessen Dichtungen zum Teile auch ins Deutsche übersetzt wurden, liegt vor allem auf dem Gebiete der Lyrik, durch die er nicht nur den zaristischen Stimmungen Ausdruck zu geben verstand, sondern die ihm auch dazu diente, das in ungarischer Knechtschaft dahinvegetierende slowakische Volk zum Kampfe gegen seine Unterdrücker aufzurufen. Nach dem Umsturz war er auch Mitglied der Prager Nationalversammlung, doch erschien er nur selten in den Sitzungen. Die von ihm heißersehnte Befreiung des slowakischen Volkes mochte sich übrigens Hviezdoslav anders vorgestellt haben, als er sie jetzt vor sich sah.

Nonnen gesucht. Die Warnsdorfer Christlich-sozialistische „Volkszeitung“ brachte gestern folgendes Inserat, das in mehr als einer Hinsicht interessant ist. In großen feinen Lettern ist dort zu lesen:

Priester
werden gebeten, brave Ordenslandbattinnen neugegründetem Kloster zu empfehlen. Adresse an die Verwalt. d. Zeitung unt. 3949.

Zunächst ist es selbstverständlich freudig zu begrüßen, daß wiederum ein neues Kloster gegründet wurde. Die gesamte Oeffentlichkeit hat auf diese Neugründung sehnlichst gewartet. Weiter spricht das Inserat ganz klar aus, daß Klöster nicht wie andere Anstalten gegründet werden, wenn das Bedürfnis danach vorhanden ist, sondern daß sie einfach zur höheren Ehre Gottes geschaffen werden. Wenn irgendwo eine genügend große Anzahl unterrichtsbedürftiger Schulkinder vorhanden ist, so gründet man — leider nicht immer — eine Schule. Bei Klöstern ist das umgekehrt. Sie werden erst gegründet und nachher sucht man die dazu gehörigen

Aber in die weiße Ebene hinaus gingen wir. Und ihm war keine Blut und kein Staubchen zu viel. Er sprach eigentlich wenig. Aber geendet hat er gerne und man mußte erraten, was er meine und was ihn just beschäftigte: etwa das schillernde Häutchen, leuchtend in allen Farben des Regenbogens, das sich auf einem Tümpelchen gebildet, oder der unendliche Rückgang des Lichtes auf einem stehenden Wasser, wo man es mit einer Wehr gestaut, und sein Stöbern, wenn es miltig rüchsend niederfließt, oder nur ein Baum, der überhäubt in der grauen Ebene stand, als hätte sein schwarzes Laubwerk Wader überflogen, oder nur ein fernes Dorf, das sich mit braunen Strohdächern in eine Mulde duckte, wie ein Rebhuhn in seiner Furche lauert. Bis ins sinkende Dunkel wanderten wir so. Bis die Sterne, die er zu nennen wußte, am Himmel standen und die Windmühle von Vilan mit ihren dunkeln und ruhenden Flügeln auf ihrem winzigen Hügelchen gespenstig und wie ein riesiges Andreaskreuz in die ungerügten Lüfte ragte.

Es war eine starke und ehrfürchtige Liebe zur Heimat in ihm. Er eignete sie sich an, er trank sie in sich, ohne jeden Nebengedanken. Ich aber habe in solchen Wanderungen viel und unvergänglich von ihm gelernt.

Bei der Natura haben mir diese Erkenntnisse nicht etwa genügt. Wir standen beide davor. Aber sogar Peterfilla kam durch zum allgemeinen Erstaunen des Gymnasiums. Man ließ ihn durchschlüpfen, wohl mehr damit man seiner endlich ledig sei, mit dem man gar nichts mehr zu beginnen wußte, als in der Ueberzeugung von seiner Reife für die Hochschule.

Nonnen. Das geht natürlich nicht, indem man in den Tagesblättern etwa ein Inserat einstellt: „Gutgehendes Kloster sucht bessere Nonnen. Anträge unter „Gelobt sei Jesus Christus“. Solche Inserate hatten wahrscheinlich nicht einmal in der Kerkelweiber-Volkszeitung von Warnsdorf Erfolg. In solchen Fällen wendet man sich vertrauensvoll an Priester, die das Vermittlungsgeschäft billig und gewissenhaft besorgen. So ein Priester erzählt beispielsweise bei der Beichte ganz genau, ob irgendein Mädchen trotz seiner Sünden oder besser gerade auf Grund seiner Sünden die Anlagen zu einer „braven Ordenslandbattin“ hat. Sind die Qualitäten vorhanden, so schreibt Hochwürden einfach unter Chiffre 3949 an die Warnsdorfer „Volkszeitung“. Das Offert wird dann im neugegründeten Kloster sachgemäß behandelt und wenn die brave Ordenslandbattin nur halbwegs so dumm ist wie die Klostergeschäftsleute schlau, ist sie im Handumdrehen eine brave Nonne. Aber zum Glück werden der Dummheit doch allmählich weniger. Früher konnten die Klöster die Nonnen nicht fassen, heute müssen die Klöster bereits inserieren, wenn sie nicht leer stehen wollen.

Die Deutschgelben als Horthyanbeter. Die Deutschgelben hatten in den letzten Tagen nach Königsberg a. E. und Falkenau Versammlungen einberufen, in denen der Abgeordnete Jung Ansprachen an die zusammengetrommelten Herden von Hausherrn und Berufsbeamten, Deutschradikalen, Deutschgelben und Freisozialisten hielt. Aus der Fülle der köstlichen Bekenntnisse, die Jung ablegte, wollen wir nur ein einziges herausgreifen. Er sprach von Horthyungarn mit wahren Tönen der Begeisterung und meinte, „man müsse deshalb, weil in Ungarn einmal einem Juden auf die Füße getreten wird, kein Gegner des Horthyismus sein.“ Wir wissen nicht genau, ob es in der desquationalsozialistischen Arbeiterpartei überhaupt Arbeiter gibt. Sollte das wider Erwarten der Fall sein, so mögen sie es sich merken, daß der von ihnen gewählte Abgeordnete kein Gegner jenes Systems ist, das Tausende Arbeitern Ungarns, Rot und Elend, Kerkerstrafen und Todesurteilen gebracht hat.

Die Vergewaltigung des deutschen Schulwesens in Tschechisch-Teschen nimmt ein Maß an, das geradezu unerhört ist. Vor kurzem erst wurde eines der zwei vorhandenen Schulgebäude für Zwecke des Bezirksgerichtes beschlagnahmt und es wurden 35 Klassen der deutschen Schulen in zwölf Lehrzimmern untergebracht. Sodas ein ausreichender Unterricht einfach ausgeschlossen ist. Den deutschen Schülern wurde der Schulbesuch nahezu unmöglich gemacht. Nun aber haben sich die tschechischen Behörden einen Gewaltakt geleistet, der auch in der Politik des systematischen Schulraubs ziemlich vereinzelt darstellt. Sie beschlagnahmten das einzige deutsche Schulgebäude, das noch vorhanden ist und in dem sich eine Knaben-, eine Mädchen-, Volksschule und Bürgerchule und eine Handelsschule befindet, und besetzten sie mit Soldaten. Hunderte deutscher Kinder sind nun in Tschechisch-Teschen ohne Unterricht. Glaubt die tschechische Regierung, sich weiter über die Entrüstung der gesamten deutschen Bevölkerung Tschechisch-Teschen, über die tiefe Erbitterung der dortigen deutschen Arbeiterschaft hinwegsetzen zu können?

Eine Niederlage der Kommunisten in Brünn. Am Sonntag fand die Generalversammlung des Allgemeinen Arbeiterturnvereines Brünn

Er verriet keinerlei Freude oder Ueberzückung über das immerhin unerwartete Ereignis der Prüfung, während viele darob gar nicht genug staunen konnten, nachdem er doch in mindestens drei Fächern geradezu jammervoll dagesstanden war. Er sprach auch nichts davon, welchem Beruf er sich und seine Fähigkeiten zu widmen gedenke. Es war eine merkwürdige und unjugendliche Gleichgültigkeit in ihm.

Wir machten gemeinsam noch einen letzten, unseren liebsten Ausflug: zum Möbenweiber von Chropin.

Ein eintöniger Weg! Die Felder waren gemäht, und die Stoppeln standen kurz, gelb und traurig da. Es war trodene Zeit, und es stob allenthalben. Nur die Zuckerrübe hatte noch ihr gelbes Blattwerk, und die gelbgrüne Hirse, die aus der Ferne so goldig weht, nidte mit schwachen und zierlichen Rispen.

Durch spärliche Wäldchen mit geringem Schatten ging's. Wieder war es die blache Ebene, über die die sinkende Sonne all ihren Strahlenfegen ausgoß. Es war schwül und ein ungerogter Tag.

Endlich standen wir vor dem Gewässer, das uns groß genug erschien. Zwischen den rotbraunen Rohrkolben stieg ein gelles und strühendes Leuchten auf. Blasen hoben sich zur Höhe und zerziffen plägend, und Binsen stiegen schlant, stark und überaus hochstämmig empor.

statt, in der der neue Ausschuß gewählt werden sollte. Die Kommunisten im Verein wollten bei dieser Gelegenheit den Turnverein mit dem Inventar ins tschechisch-kommunistische Lager bringen und legten der Versammlung eine Liste ihrer Männer vor. Die Abstimmung brachte ihnen aber eine gründliche Enttäuschung. Auf ihre Liste entfielen acht Stimmen, weniger also, als sie Namen auf ihrer Kandidatenliste führten. Die Gegenliste wurde mit überwiegender Mehrheit gewählt — die Spaltungsarbeit der Kommunisten im Brünnner Arbeiterverein ist zusehends geworden.

Erhöhung von Telegrammgebühren. Ab 1. November 1921 ist das Äquivalent des Goldfranken für die internationale Telegraphenabrechnung mit 16 tschechoslowakischen Kronen, statt wie bisher 12 K festgesetzt worden. Infolgedessen wurden mit 1. November d. J. angefangen alle, für Telegramme nach dem nicht benachbarten Ausland, im Telegraphentarif angeführten Telegraphentaxen um ein Drittel der bisherigen Taxen erhöht. Es beträgt daher die Wortgebühr z. B. für ein gewöhnliches Telegramm nach Belgien 2.64 K + 0.88 K = 3.52 K; die Wortgebühr für Prestelegramme nach Jugoslawien 0.96 K + 0.32 K = 1.28 K usw. Nicht erhöht werden die Telegraphentaxen für inländische Telegramme und die Taxen für Telegramme nach den benachbarten Staaten, d. i. Deutschland, Oesterreich, Magharien, Rumänien und Polen. Die Erhöhung der Telegraphentaxen im Verkehre mit dem nicht benachbarten Ausland betrifft auch nichtteilige Uebersetztelegramme.

Ausland.

Das polnisch-tschechische Abkommen.

Die Vereinbarungen zwischen Skirmunt und Benesch haben in der gesamten tschechischen Oeffentlichkeit frohen Widerhall geweckt und die tschechischen Patrioten wissen auch warum. Oeffnet doch das Uebereinkommen der heimischen Ueberproduktion wenigstens für jene fernern Tage, da die Polenmarkt wieder so etwas wie Kaufkraft haben wird, einen großen, bedürfnisreichen Absatzmarkt und die Stelle eines neutralen Kommissars bei der deutsch-polnischen Wirtschaftskommission verbricht erst recht reichen Lohn für die polenfreundlichen Bemühungen des Herrn Benesch in Genf. Die Polen aber sehen die Sache ganz anders an. Nach Warschauer Berichten der „Woskischen Zeitung“ und des „Berliner Tageblattes“ wenigstens spudnen die dortigen Nationalisten Gift und Galle über Skirmunt, weil er durch sein Entgegenkommen gegen Benesch die bewährte „Scharje“ der polnischen Abenteurerpolitik preisgegeben hat und auch mit seiner Bereitwilligkeit, die wirtschaftlichen Verhandlungen mit Deutschland sofort auszunehmen, die Bahnen einer vernünftigen Realpolitik wandelt. So klingen von Warschau her in die eben ange stimmten tschechisch-polnischen Friedensschalmeien kreischende Töne hinein und Herr Benesch darf befürchten, daß plumpe Flüge ihm seinen so mühevoll angelegten Garten bald zerstampfen werden.

Organisierung des weißen Terrors in Jugoslawien.

Belgrad, 7. November. Ueber Verfügung des Ministers des Innern Pribicevic wird das Ministerium des Innern neu organisiert. Neben der Sicherheitssektion wird eine besondere politische Sektion errichtet werden, deren Aufgabe ausschließlich der Schutz des Staates gegen staatsfeindliche Umtriebe im Inland und Ausland sein wird.

und fielen ein mit hastigen, blitzenden Bewegungen.

Die Schatten der wehenden Fittiche glitten über den Teich. Verwirrung bot der Blick aufwärts, Verwirrung der zu Boden. Dazu das Schreien der vielen Stimmen. Nicht müde ward man vom Sehen; aber wie ein Taumel und wie ein Schwindel ging es davon aus.

Peterfilla stand da. Stramm ausgerichtet und ganz Auge. Hinter ihm war die Sonne. Wie sie sich immer rascher zum Niedergang neigte, so vermehrte sich das Schwärmen über uns, wuchs das Schwirren der Flügel ins Unermessliche. Zu Scharen kamen sie angefegelt, mit zuckenden eiferigen Schlägen und heiferem Rufen. Vereinfamt schwamm noch eine einzelne und zog hoch oben, das Gefieder angelüßt vom Abendsonnengold, ihre schönen und stolzen Kreise. Peterfillas Schatten fiel mächtig über den Weiher; er sah andächtig in den vielen Gestalt und sprach kein Wort. Nur mit einer herrischen Gebärde der Rechten, die ich nie an ihm gewahrt, die beinahe einer Verschwörung gleich, schnitt er durch die Luft.

Dernach gingen wir heim. Schweigsam, wie gewöhnlich. Nur an ihm war eine merkwürdige Verdrossenheit, eine Abspaltung, die ich denn doch nicht ganz verstand. Als trüge er ein Geheimnis oder eine neue Erkenntnis mit sich heim. Die Nacht drängte heran, und es war diesmal, als scheuche sie uns zurück zur Stadt. Einige spazierten noch am Ring; immer in der Tretmühle, in der Erholung so gut wie in der Arbeit.

(Fortsetzung folgt.)